

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In den Ausgabezeiten und Filialen monatl. 4.50 zL, mit Zustellgeld 4.80 zL. Bei Postbezug monatl. 4.89 zL, vierteljährlich 14.66 zL. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zL. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung zc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Pz., Wf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Ausschlag. — Bei Platzvorrück u. schwierigerem Satz 50%, Ausschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 64 Bromberg, Dienstag, den 20. März 1934 58. Jahrg.

## Zwischenspiel?

Polnisch-tschechische Mißhelligkeiten.

(Von unserem nach Teschen entsandten Mitarbeiter.)

Das polnisch-tschechische Verhältnis hat plötzlich eine festsame Zuspitzung erfahren. Die Jahre nach Versailles und Trianon scheinen wiedergekehrt. Der Zankapfel sind nationale und territoriale Gegebenheiten aus dem Erbe des alten Österreich, das zu Trianon geteilt wurde. Der Brennpunkt der plötzlich wieder aufgetauchten, durch Geschichte und Natur gegebenen Zwiespältigkeiten liegt hier in dem Städtchen Teschen, im schlesisch-galizischen Grenzland, wie in dem schlesisch-mährischen Grenzland des Kohlenreviers von Mährisch-Osttau.

Die Stadt Teschen ist nach dem Kauf des Flüsschens Olsa zwischen Polen und der Tschechoslowakei geteilt worden. Mitten durch die Stadt führt also die Grenze, die von der neutralen Brücke über die Olsa gebildet wird. Man muß schon nach Oberschlesien gehen, um ähnliche Widersinnigkeiten zu sehen. In Teschen ist auf einen Ort die Fülle vermeidbarer Torheiten gehäuft: Betriebe, Hilfsquellen, Verkehrsmittel der Hälfte der Einwohner entrisen, Bürger einer Stadt in gegensätzliche nationale Entwicklungen versetzt, getrennt, was zueinander gehörte, in Gegensatz gestellt, was vereint war, in Unfrieden gebracht, was in Frieden miteinander lebte.

Hierzu kam in den Blütestunden der Phrasen vom nationalen Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Beendigung des barbarischen Brauchs, daß nationale Gruppen verschoben wurden

„wie Steine auf einem Schachbrett“

die von völkischen Gesichtspunkten gesehen völlig willkürliche Grenzziehung hier, im Brennpunkt dreier Nationen. Der Hauptzankapfel zwischen dem der Wiedergeburt entgegengehenden Polen und der politischen Konstruktion der Tschechoslowakei war das Mährisch-Osttau Kohlenrevier; denn auch hier ging, wie dann in Oberschlesien, der ganze Stank und Stunk um die Bergwerke. Unzweifelhaft mit in Vorausbestimmung der späteren Lösung der oberschlesischen Frage (wodurch Polen übergenug an Kohle erhalten würde) fiel dieses Kohlenrevier der Tschechoslowakei zu. Die Politik der Männer in Polen selbst war damals großen Erwerbungen im Osten zugewandt — sagt jetzt die Presse der polnischen Rechtsopposition — und darum sei das Kohlenrevier von Mährisch-Osttau tschechisch und nicht polnisch geworden.

Die autochthone Bevölkerung des Grenzlandes setzt sich aus Angehörigen dreier sprachlich-kultureller Gemeinschaften zusammen: Deutschen schlesischen Gepräges, Polen und Tschechen. Man darf hier die Menschen nicht zählen, sondern man muß wägen, wie sie am besten miteinander leben könnten. Mit überraschender Plöblichkeit sagen die Führer der Polen im Bande: so wie bisher ginge das nicht mehr, und mit überraschender Einmütigkeit sagt das (bis auf die Presse der polnischen Rechtsopposition) auch die staatspolnische Presse nicht nur Warschaus, sondern besonders auch des westlichen Kleinpolens. Diese will weiterhin wahr haben, daß es so, wie bisher, auch im slowakischen Grenzland gegen Ungarn nicht weitergehen könne. Jan Wiktor, Reisejournalist des dem polnischen Regierungslager nahestehenden Krakauer „Młostrowany Kurjer Codzienny“, Ende 1933 im preussischen Oberschlesien und von dort in hundert Varianten berichtend, daß die junge Generation dieser preussischen Grenzmark (was aufs Wort zutrifft!) völlig der Ideologie der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und damit dem Deutschtum gewonnen sei, hat im slowakischen Grenzland gegenüber Ungarn ganz andere Feststellungen gemacht. Nun: man kennt den Gegensatz der katholischen Slowaken des (zwar jetzt der Politik mehr abgewandten) Pfarrers Glinka zu dem hussitischen Tschechen, und so hat man die Konstruktion der tschechoslowakischen „Nation“ sicherlich nicht als der Weisheit letzten Schluß angesehen. Aber wenn Jan Wiktor, der doch über das preussische Oberschlesien die Wahrheit schrieb, aus dem slowakischen Grenzland den Schrei ertönen ließ:

„Polen, rette uns!“

so gibt das doch mehr zu denken an.

Über Aufrichtigkeiten dieser Art in der polnischen Presse, über ferner dort erschienene „Tatsachenberichte“ aus dem Mährisch-Schlesischen, also aus dem Gebiete von Tschechisch-Teschen und Mährisch-Osttau, Berichte, die darauf abzielen, daß die lokalen Instanzen sich keinesfalls nach den bekannten „Erklärungen“ der Prager Regierung richten, wonach die eigenständige kulturelle Fortentwicklung der Polen im schlesisch-mährischen Grenzland nicht gehemmt werden soll, über tschechische Presseerklärungen, die der polnischen Außenpolitik die schändliche Absicht der Aufteilung der Tschechoslowakei unterstellen, über tschechische Klagen, die die Unterdrückung der in Wolhynien lebenden Tschechen behaupten, kurz über gegenseitige Vorwürfe, deren lange Reihe beliebig verlängert werden könnte, ist es in diesen Tagen zur völligen Weißfärbung der polnisch-tschechischen Presseverhandlung gekommen, und die Presse wenigstens

befindet sich durchaus im „Kriegszustande“ gegeneinander. Mit Ausnahmen natürlich: Ausnahmen, die sich weniger aus der Sache, als nach allem parteipolitischen Brauch, aus der Stellungnahme der Presse gegenüber der... eigenen Regierung ergeben. Auch dieser Teil, insbesondere der polnischen Presse, kann jedoch die Tatsache nicht verkleinern, daß die Polen in Obergberg und Freystadt „zur Verteidigung ihrer nationalen Rechte“ auf die Straße geschickt worden sind — eine seit dem Beginn der Teilung dieser früher österreichischen Provinzen unerhörte Begebenheit. Die Presse der Rechtsopposition in Polen, wie doch sonst das Allpolenium vertritt, warnt aus Gründen ihrer oppositionellen Einstellung vor solchen, durch „Rulissenpolitiker“ veranstalteten aggressiven Umzügen und weist immer wieder mit erhobenem Finger auf den von Sienkiewicz und ähnlichen Heroen erfundenen deutschen „Erbfeind“ hin, dem die Förderung ungarischer Revisionspläne wie polnische Demonstrationen gegen die Tschechoslowakei ganze Sturzhöhe auf die Mühlen gießen müssen.

Das ist die Begleitmusik, dies sind die Tatsachen: der Letzte Sonntag sah die Vorbereitung einer scharfen antipolnischen Demonstration (gegen die angeblichen polnischen „Gefährten“) im tschechischen Anteil der Stadt Teschen, eine Demonstration, die indessen von den tschechischen Behörden zu einer Protestversammlung im geschlossenen Raum abgelenkt wurde, und im polnischen Anteil derselben Stadt eine Kundgebung der (polnischen) „Legion der Jungen“, die Kampflieder gegen die Tschechen sangen und damit bis auf die Grenzbrücke über die Olsa marschierten, den neutralen Verbindungsstreifen zwischen Polnisch- und Tschechisch-Teschen. In der tschechischen Protestversammlung in Tschechisch-Teschen ging es durchaus parlamentarisch zu. Der Hauptreferent mahnte zur Ruhe gegenüber den Gerüchten, die von der Absicht der Eroberung Tschechisch-Teschens durch die Polen wissen wollen. Ein zweiter Redner nannte die Klagen der Polen in Tschechisch-Schlesien durchaus unbegründet; die Gegensätze seien lediglich durch unverantwortliche örtliche Kräfte hervorgerufen worden. Danach gefasste Entschlüsse verkündeten, wie in solchen Fällen üblich, „treue Grenzwehr“; sie erklärten aber auch, daß die Friedensverträge gehalten werden müßten.

Auch heute geht das Leben noch nicht seinen alten Gang. Die Not fordert ihre Opfer hüben wie drüben. Der

nationale Kampf ist vor allem der Kampf um die Arbeitsplätze. Das Kennzeichen des Durchschnittsmenschen ist die Gedrücktheit. Die Unbekümmertheit, die vor dem Kriege trotz der nationalen Kämpfe beinahe Allgemeingut war, ist dahin. Der Reizzustand, in dem die Menschen jetzt leben, läßt sie leicht einem jeden Kampfruf folgen. Aber abgesehen von der Frage, ob die verantwortlichen Politiker ernste Zwischenfälle überhaupt zulassen, ist jedenfalls die in den letzten Jahren vorgetäuschte polnisch-tschechische Freundschaft niemals Realität, jetzt auch nicht einmal mehr Schein. Die öffentliche Zurschaufstellung vorhandener Gegensätze mag wieder abgelassen werden. Die Gegensätze selbst bleiben ganz gewiß. Inwieweit ist das, was sich im tschechisch-polnischen Grenzlande begibt, kein Zwischenspiel, sondern der logische Fortgang eines Dramas, das in Trianon begonnen worden ist. So lange Trianon gilt, bleibt dieses Drama Spiel.

„Die tschechisch-polnische Grenze ist unabänderlich.“

Die Zuspitzung im tschechisch-polnischen Minderheitenkonflikt wird von der Prager Presse mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Der „Benkov“, das Blatt des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, berichtet heute an hervorragender Stelle:

„Wie wir aus Teschen erfahren, verbreiten dort Elemente, die offenbar ein Interesse an der Trübung des tschechoslowakisch-polnischen Verhältnisses haben, Gerüchte, daß man über eine Änderung der Grenze im Teschener Gebiet verhandelt oder verhandeln werde. Die heutigen Grenzen seien angeblich nicht vom Warschauer Parlament ratifiziert worden. Ähnliche Gerüchte wurden von diesen Elementen auch in der polnischen Presse verbreitet. Es ist begreiflich, daß solche Gerüchte geeignet sind, die Bevölkerung im Teschener Gebiet zu beunruhigen. Wir stellen daher fest,

daß die Frage der Grenzen im Teschener Gebiet definitiv erledigt ist.

Die Teilung Teschens wurde durch die Entscheidung der Vorkriegskonferenz vom Juli 1920 herbeigeführt. Die internationale Grenzabteufungskommission hat ihre Arbeiten am 1. Juli 1925 beendet. Ihre Arbeiten wurden von der Vorkriegskonferenz im Jahre 1927 genehmigt. Die tschechoslowakischen Behörden werden durch energische Maßnahmen gegen jeden Friedensstörer der beunruhigten Bevölkerung des Teschener Gebiets Ruhe zu verschaffen verstehen.“

## Mussolini fordert:

# Gleichberechtigung für Deutschland.

Rom, 19. März.

In der zweiten Fünffjahresversammlung des faschistischen Regimes, die am vergangenen Sonntag in der königlichen Oper zu Rom sämtliche Führer und höhere Unterführer der Partei, den Senat und die neu zu wählenden Abgeordneten, die staatlichen Behörden und die höchsten Dienstgrade des Heeres und der Marine vereinigte, hielt Mussolini eine stürmisch begrüßte dreiviertelstündige Rede, in der er einen Rückblick über die abgelaufene Legislaturperiode der italienischen Deputiertenkammer und dann in großen Zügen die Richtlinien gab, die für die zukünftige Politik des Faschismus maßgebend sind. Die neue Deputiertenkammer wird am 25. März gewählt werden und durch Einbau in das Korporationssystem einen anderen Charakter erhalten.

Außenpolitisch betonte Mussolini in seiner Rede die herzlichen Beziehungen zur Schweiz, mit welcher der abgelaufene Freundschaftsvertrag im September erneuert wurde, die Freundschaft zu Ungarn und zum selbständigen Österreich. Österreich weiß, daß es auf uns rechnen kann.“ Mit Südslawien seien die Beziehungen normal, sie könnten verbessert werden, wenn sich die Bedingungen dazu ergeben.

Zwischen Italien und Frankreich habe sich die Lage im allgemeinen sehr gebessert.

Auf Deutschland kam Mussolini auf dem Umwege über Völkerverbund und Abrüstung zu sprechen. Er betonte zum erstenmal wieder seit einiger Zeit in scharfer Form die Notwendigkeit der Gleichberechtigung für die im Weltkrieg unterlegenen Staaten.

„Zu glauben, daß ein großes und starkes Volk wie das deutsche in einer bewaffneten Welt auf die Dauer entwaffnet gehalten werden kann, ist eine Illusion.“

Die Reform des Völkerverbundes sei erst notwendig, wenn sich der Erfolg der Abrüstungskonferenz gezeigt habe. Wenn diese scheiterte, brauche man auch nur noch das Ableben des Völkerverbundes festzustellen.

In innenpolitischer Hinsicht verkündete der Duce, daß nicht nur die Großstädte saniert werden müßten, sondern daß auch die dringende Frage gesunder Wohnungen für die Bauern in Angriff genommen werden müsse. In Italien gebe es 3 390 000 einzelne Bauernhöfe, von denen 140 000 geradezu unbewohnbar seien, während jeweils gegen eine Mil-

lion größerer und kleinerer Verbesserungen bedürften, um ein gesundes Wohnen zu ermöglichen.

Innerhalb zwei Jahrzehnten sollten alle italienischen Bauern gesund wohnen. Das werde auch das beste Mittel gegen die hassenwerte Verstädterung des Volkes und gegen den Geburtenrückgang sein, dem Mussolini in sichtlicher Besorgnis längere Ausführungen widmete. Wie eine ernste Mahnung klangen seine Worte: „Wenn es heißt, zwischen Tod und Leben zu wählen, so kann ich mir nicht vorstellen, daß das italienische Volk den Tod wählt.“

Dann zeichnete der Duce, nachdem er in Bezug auf die Militärpolitik den Grundsat ausgeprochen hatte:

„Es gilt stark zu sein“

die großen Linien für die zukünftige weltpolitische Entwicklung des italienischen Volkes. Italien sei mehr eine Insel als eine Halbinsel. Es liege vollkommen geschlossen da in völkischer, sprachlicher, religiöser Hinsicht und mit sicheren Grenzen an den Alpen. Im Norden sei für Italien nichts zu holen, im Westen auch nichts.

„Die große Aufgabe für uns liegt in Afrika und Asien. Aber das Mittelmeer hinweg werden wir nicht territoriale Eroberungen machen, das betone ich ausdrücklich, sondern die natürliche Expansion des italienischen Volkes soll besonders Afrika in den Kreis der europäischen Kultur ziehen, wie das die fäkuläre Aufgabe des alten Rom gewesen ist.“

Scharf wandte sich der Duce gegen jenen unbeherrschbaren Konseratismus, der die Expansion des faschistischen Italien sich in den Weg stelle. Mussolini schloß mit einem Ausblick auf die Vorherrschaft Italiens in der Welt.

## Der Eindruck der Rede in Paris.

Paris, 19. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Sonntag-Rede Mussolinis hat in Paris wie eine Bombe gewirkt. Man glaubte bisher als Vermittler zwischen Italien und der Kleinen Entente einen kleinen Schritt vorwärts gekommen zu sein, indem man Italien gewissermaßen den

Vorantritt im Donauraum

überließ, hoffte man, dieses für den französischen Standpunkt in vielen aktuellen Fragen gewonnen zu haben. Mit Betrübnis und Empörung stellt nunmehr die Presse fest, daß alle diesbezüglichen Erwartungen durch die Rede des Duce zerschlagen sind. Außerdem bezeichnen die Blätter Mussolinis Gedankengänge als höchst gefährlich. Der „Petit Pa-

risien" sieht einen Widerspruch zwischen der Rede und dem Ergebnis der römischen Verständigung. Während man die römischen Besprechungen als die Bemühungen zur Schaffung einer Atmosphäre des Ausgleichs ansah, muß die Rede als eine Störung dieser Atmosphäre bezeichnet werden.

Das „Journal“ schreibt: Die Rede ist der Sammelruf an alle Kräfte, die ihren Platz an der Sonne fordern und an alle Unzufriedenen, nur mit dem Vorwand der Wiedergutmachung von Unrecht, den Umsturz wollen. Im „Echo de Paris“ wird die Rede Mussolinis als

#### ausgesprochen revisionistisch

bezeichnet. Die Kleine Entente werde durch die „berechtigten Ansprüche Ungarns“ zurückgestoßen. Mussolini lehne zu seinen Hegemonie-Plänen in Mitteleuropa zurück, die er gemeinsam mit dem magyarischen Freidenkismus verfolge. Auf die Dauer könne dieses Spiel dem Pan-germanismus das Bett bereiten. Die Ansprüche Italiens auf Asien und Afrika könnten nicht als freundschaftliche gelten. Jedenfalls habe Mussolini den Kopf verloren. Seit einem Jahre gingen seine sämtlichen diplomatischen Initiativen fehl, deshalb wolle er jetzt seine Hörer bis zum Weißglühen bringen.

## Die Protokolle von Rom.

Zum Abschluß der römischen Dreier-Konferenz wurde am Sonnabend abend 8 1/2 Uhr folgende amtliche Mitteilung ausgeben:

Im Palazzo Venezia sind zwischen dem italienischen Regierungschef, dem österreichischen Bundeskanzler und dem ungarischen Ministerpräsidenten

### Drei Protokolle

unterzeichnet worden.

Von dem Wunsche befeßt, auf Grund der Achtung der Unabhängigkeit und der Rechte jedes Staates zur Erhaltung des Friedens und der wirtschaftlichen Erholung in Europa beizutragen, verpflichteten sich die drei Regierungschefs in dem ersten dieser Protokolle:

sich über alle Probleme miteinander ins Einvernehmen zu setzen, die sie besonders interessieren, sowie über jene allgemeiner Ordnung, um im Geiste der bestehenden italienisch-österreichischen, italienisch-ungarischen und österreichisch-ungarischen Freundschaftsverträge untereinander eine einträgliche Politik zu entfalten, die dazu bestimmt ist, die tatsächliche Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten zu fördern und insbesondere die zwischen Italien, Österreich und Ungarn in der Überzeugung, daß es auf diese Weise möglich sein wird, die tatsächlichen Voraussetzungen für eine umfassende Zusammenarbeit mit den anderen Staaten herzustellen.

Die beiden anderen Protokolle haben die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Italien, Österreich und Ungarn zum Gegenstand, auf Grund der in der Konferenz von Stresa und im italienischen Donau-Memorandum vom September festgesetzten Grundsätze:

1. die Erweiterung der bestehenden Handelsabkommen zwischen Italien und Österreich, Italien und Ungarn, Österreich und Ungarn zum Zwecke, die gegenseitige Ausfuhr zu erleichtern, indem der ergänzende Charakter der gegenseitigen Volkswirtschaften entwickelt wird;
2. die Gewährung von Vorzugszöllen für österreichische Industrieerzeugnisse und der Abschluß von Vereinbarungen zwischen den österreichischen und italienischen Industrien;
3. die Anwendung der erforderlichen Maßnahmen, um die Ungarn durch die Baisse der Getreidepreise erwachsenden Schwierigkeiten zu überwinden;
4. die Entwicklung des Transitverkehrs über die adriatischen Häfen.

Die drei Regierungschefs haben überdies beschlossen, daß die zuständigen Verwaltungen die Arbeiten fortsetzen sollen, um den Vertretern der Verwaltungen Italiens, Österreichs und Ungarns zu gestatten, die in diesen Protokollen festgesetzten Vereinbarungen zu Ende zu führen. Zu diesem Zwecke werden sich diese Vertreter am 15. April in Rom versammeln. Die neuen Abkommen müssen bis zum 15. Mai vervollständigt sein.

## Titulescu gegen den Fortbestand der Kleinen Entente?

Budapest, 19. März. „Uj Nemzedek“ veröffentlicht eine Bukarester Meldung über den in der Wohnung des frank daniederliegenden Außenministers Titulescu abgehaltenen Ministerrat. In diesem Ministerrat habe Titulescu nach Informationen des Blattes im Rahmen eines großzügigen Exposés seinen schweren Bedenken gegenüber dem Weiterbestehen der Kleinen Entente Ausdruck gegeben. Titulescu soll entschieden angeregt haben, daß sich die Kleine Entente im Interesse ihres zukünftigen Fortbestandes entsprechendweise in den Gang der römischen Besprechungen einschalte.

## Marshall Pilsudskis Namenstag.

Am 19. März wurde, wie alljährlich, in ganz Polen der Namenstag des ersten Marshalls von Polen Josef Pilsudski in der üblichen Weise begangen. Die Festlichkeiten begannen schon am Vortage, in den Garnisonstädten mit Zapfenstechen und anderen militärischen Veranstaltungen, sonst mit Gottesdiensten, Festveranstaltungen und Umzügen. In allen Orten trugen die Amtsgebäude und auch sehr viele Privathäuser Flaggen und in Schaufenstern waren Transparente und Porträts des Marshalls angebracht. Im Mittelpunkt der Feier stand auch wieder die Hauptstadt Warschau, die ein besonders feierliches Gewand angelegt hatte. Dort wurde am Gebäude der Finanzkammer am Dabrowski-Platz zur Erinnerung der Anwesenheit des damaligen Kommandanten der Legionäre Josef Pilsudski in diesem Hause im August 1915 eine Gedenktafel enthüllt. In der Batory-Hütte (der ehemaligen Bismarck-Hütte) war eine Nachbildung des Schwertes des Königs Stefan Batory angefertigt worden, das dem Marshall an seinem Namenstage als Geschenk dargebracht wurde.

Marshall Pilsudski selbst wollte an seinem Ehrentage nicht in Warschau; er war am Sonntag früh nach Wilna abgereist, wo ihm ein feierlicher Empfang bereitet wurde.

## Die Auflösung des Deutschtumsbundes vor dem Obersten Verwaltungsgericht.

(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Am 15. d. M. verhandelte das Oberste Verwaltungsgericht über die Klagen des „Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte“ in Posen und Bromberg wegen der im Jahre 1923 erfolgten Auflösung des Bundes. Als Vertreter des Deutschtumsbundes erschien Rechtsanwalt Grzegorzewski in Vollmacht des Posener Deutschtumsbundes. Rechtsanwält Grzegorzewski bestritt in längeren Ausführungen die Rechtsgründe der Auflösung.

Vor allem verneinte er das Recht des Wojewodschaftsgerichtes, in dieser Sache ein Urteil fällen zu dürfen, bevor die vor den strafgerichtlichen Instanzen gegen einzelne Mitglieder des Deutschtumsbundes anhängig gewesene Strafsache rechtskräftig abgerichtet worden ist.

Auf die Gründe der administrativ-behördlichen Auflösung eingehend, hob er als wesentliche Punkte der gegen den Deutschtumsbund erhobenen Anschuldigungen hervor: Die Zusammenarbeit des Deutschtumsbundes mit den reichsdeutschen Vereinigungen und öffentlichen Faktoren wegen der angeblichen Behinderung und Vereitelung der von den polnischen Behörden erlassenen Verfügungen und Anordnungen, die Erteilung von Weisungen an die sogenannten Annullanten (deutsche Kolonisten) zur Veräußerung ihres lebenden Inventars, wodurch eine Schmälerung der Fiskalrechte des Polnischen Staates eingetreten sei. Die Sammlung von statistischen Daten über die Verhältnisse des Deutschtums in Polen, in ständiger Fühlungnahme mit den reichsdeutschen, dem Zwecke der Überwachung dieser Verhältnisse dienenden Institutionen, die Mahnungen und Warnungen an die deutschen Militärlieferanten zwecks Verhinderung ihrer Militärdienstpflicht durch Erklärung ihrer Absicht, die Option für Deutschland unter der bewußten Voraussetzung, daß diese Absicht nicht ernst gemeint sei, die Störung der gesetzlichen Anordnungen für das deutsche Schulwesen durch Vertuschung der deutschen Schuländerzahlen in den einzelnen Orten, um eine künstliche Vermehrung der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache zu erlangen, die Schaffung eines Abhängigkeitsverhältnisses der in den polnischen Schulen tätigen deutschen Schullehrkräfte durch Gehaltszulagen aus deutschen Geldquellen für diese Lehrer, und anderes mehr.

Im Anschluß an die Erörterung dieser einzelnen Anschuldigungspunkte wies er die Haltlosigkeit der diesen Betätigungen zugemuteten strafbaren Absichten nach, was auch zu einem wesentlichen Teile aus dem Urteile des höchsten Gerichtes hervorgehe, welches die Anklage wegen hochverräterischer Umtriebe als unbegründet erklärte und bezüglich der übrigen Beschuldigungen ein viel bescheideneres Maß der Schuld feststellte, als angenommen wurde. Im besonderen betonte er, daß das höchste Gericht darin, daß deutsche Kolonisten zur Veräußerung ihres lebenden Inventars angehalten wurden, keine unerlaubte Handlung erblickte, da die Kolonisten über dieses Inventar als ihr Eigentum frei verfügen konnten. Wenn bezüglich der militärischen Angelegenheiten im Zusammenhange mit der Option ein objektives Verschulden vom Strafgericht angenommen werden könnte, so wären sich die angeklagten Personen subjektiv eines Verschuldens nicht bewußt, weil nach den damals geltenden deutschen Vorschriften in dieser Beziehung eine bloß

lägenhafte Erklärung vor der Musterungskommission zur Konstruierung einer schuldhaften Entziehung von der Militärdienstpflicht nicht genüge.

Aber abgesehen von den Schuldfragen, welche im strafgerichtlichen Verfahren gegen einzelne Mitglieder des Deutschtumsbundes erhoben worden waren, könne gegen den Deutschtumsbund als Ganzes und als Institution keine Schlußfolgerung auf staatsfeindliche Tendenzen gezogen werden, weil der Deutschtumsbund als Ganzes nicht für einzelne Mitglieder verantwortlich gemacht werden könne und weil für die Haltung des Deutschtumsbundes bloß sein Statut und die in diesem niedergelegte Zielsetzung zur Wahrung der deutschen Interessen maßgebend sein könne. Diese Interessen habe der Deutschtumsbund stets so wahrzunehmen sich bemüht, wie dies im Rahmen des Statuts und seiner im Statut ihm auferlegten Aufgaben sich erfüllen ließ. Wenn diese von ihm wahrzunehmenden und wahrgenommenen Interessen der deutschen Minderheit in Polen in wirtschaftlicher, kultureller oder volksgemeinschaftlicher Beziehung bei den polnischen Behörden nicht immer Wohlgefallen finden konnten, so könne damit noch nicht gesagt sein, daß der Deutschtumsbund es darauf abgesehen habe, die Anordnungen der Behörden mit ungesetzlichen Mitteln zu durchkreuzen und zu vereiteln.

Am allerwenigsten aber dürften die Verwaltungsbehörden, bloß auf eine der Belastungen hin, die noch die Probe vor dem Gericht nicht bestanden haben, vorzeitig zur Auflösung des Deutschtumsbundes schreiten. In dieser Phase der Angelegenheit wäre angemessener und gesetzlich einwandfrei gewesen, wenn sie vorerst mit der Suspendierung vorgegangen wären.

Nach längerer Beratung entschied das Gericht wie folgt:

Das Wojewodschaftsgericht habe seine Kompetenz überschritten. Vor dem rechtskräftigen Urteil der ordentlichen Strafgerichte dürfe es in die Beurteilung vom administrativ-gesetzlichen Standpunkte nicht eingehen.

Mit diesem Vorbehalte sei aber späterhin das administrative Gerichtsverfahren wieder gut gemacht worden dadurch, daß das Oberste Verwaltungsgericht die Behandlung des Falles solange aussetzte, bis das betreffende strafgerichtliche Urteil rechtskräftig geworden war. Insofern sei also der Einwand der Klage, daß die Rechtskräftigkeit des Strafurteils nicht abgewartet worden sei vor der administrativ-gerichtlichen Entscheidung, gegenstandslos.

In die meritorische Erörterung eingehend, erklärte das Oberste Verwaltungsgericht, daß für die Beurteilung, ob eine Vereinigung mit den gesetzlichen Bestimmungen sich im Einklang befindet, nicht allein der Wortlaut des Statutes entscheidend sein könne. Es komme vielmehr darauf an, wie dieses Statut von der Verwaltung der Organisation gehandhabt werde. Mit anderen Worten — es komme auf die tatsächlichen Handlungen der Organisation an. In dieser Beziehung seien die Feststellungen der Strafgerichte maßgebend, die Feststellungen, die darauf hinweisen, daß die Zielsetzungen der Organisation, außerhalb des Statutes, mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht im Einklang standen.

Der Einwand, daß die polizeilichen Behörden mit der Auflösung vorzeitig vorgegangen wären, sei nicht haltbar, man müsse bedenken, daß die Polizei in staatsgefährdenden Vorfällen schnell und entscheidend einzugreifen habe. Die Polizei habe eingegriffen, nachdem die inkriminierten Handlungen schon unerwährt festgestellt dastanden. Die Klage müsse demnach abgewiesen werden.

## Polnischer Staatsrechtslehrer spricht in Berlin.

Am Sonnabend hielt die Berliner Akademie für Deutsches Recht ihre dritte Vollsitzung ab, die der Präsident der Akademie, Reichsjustizkommissar Dr. Frank, mit einer Begrüßungsansprache eröffnete. Dr. Frank wies dabei auf die Bedeutung hin, die die Sitzung dadurch erhalte, daß zum ersten Male ein Vertreter des prominenten Gelehrtenkreises der Polnischen Republik vor einer deutschen Rechtslehrerschaft spreche. Wenn ein Volk die äußeren Machtmittel verloren habe, und in seinem Schicksalsträngen die letzten Werte menschlicher Erkenntnis wachrufen müsse, dann werde an dieser Erkenntnis immer wieder die Berufung auf das Recht die entscheidende Rolle zu spielen haben. Nachdem Dr. Frank noch mit ehrenden Worten des Marshalls Pilsudski gedacht hatte, der mit als erster die Grundgedanken des Staatsrechtes in die Tat umgesetzt habe, erteilte er dem als Gast erschienenen Univeritätsprofessor Cybichowski das Wort.

Prof. Dr. Cybichowski, der in deutscher Sprache über das Thema

### „Staatsrecht in Wissenschaft und Leben im Hinblick auf die Rechtsveränderung in Polen“

unter besonderer Berücksichtigung der neuen polnischen Verfassung sprach, ging von der Feststellung aus, daß eine vertiefte Rechtskenntnis ohne Studium der Lebensverhältnisse wie Wirtschaft und Politik kaum möglich sei.

Der Staatsrechtslehrer müsse Forscher und Erzieher sein. Seine Aufgabe sei es, mit allen Mitteln der Wissenschaft das Wesen der staatsrechtlichen Institutionen zu erforschen, zugleich aber auch als Lehrer der Jugend nach Möglichkeit auf die Charaktere seiner Hörer Einfluß zu üben. Dann wies der Gelehrte darauf hin, daß Polen nach siegreicher Beendigung des Krieges mit dem russischen Kaiserreich im Jahre 1918 seine Unabhängigkeit wiedererlangt habe. Die Unabhängigkeit Polens sei nicht das Werk fremder Mächte gewesen, sondern der Ausfluß des Willens der polnischen Nation.

### Der neue Verfassungsentwurf

wolle nicht nur Rechtsvorschriften, sondern auch sittliche und politische Grundsätze geben, die für einen Staat und seine Bürger unerläßlich seien. Der Entwurf unterscheide zwei Arten von Gesetzgebungsakten: Gesetze und Verordnungen des Staatspräsidenten und eine dritte Art Verordnungen, die auf Grund der Verfassung erlassen werden können und eine größere Kraft als Gesetze hätten, da ihre Änderung oder Aufhebung nicht durch Gesetz, sondern nur durch eine Verordnung des Präsidenten erfolgen könne. Mit einem Heil auf die beiden großen Staatsmänner Adolf Hitler und Marshall Pilsudski schloß der Redner.

Dr. Frank dankte dem Vortragenden und erklärte, daß es für die Mitglieder der Akademie für Deutsches Recht ein Erlebnis gewesen sei, den Staatsrechtslehrer des jungen polnischen Volkes zu hören. Die stolze, unabhängige und freie deutsche Nation sei gern und immer willens, mit stolzen,

freien und unabhängigen Nationen wie der Republik Polen in Frieden und Freundschaft zu leben.

An der Akademie nahmen außer dem polnischen Gast u. a. der Reichsminister Freiherr von Neurath und Dr. Gürtner, ferner als Vertreter des Reichspräsidenten Staatssekretär Dr. Meißner und als Vertreter der Stadt Berlin, Oberbürgermeister Dr. Sahm und Staatskommissar Dr. Lippert teil.

## Die deutsche Antwort an Frankreich.

Die deutsche Antwort auf das französische Memorandum ist am Sonnabend abend veröffentlicht worden. Wir geben den Wortlaut der Note in unserem heutigen Beiblatt wieder.

Warschau, 19. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die polnische Presse bringt ausführlich die deutsche Antwortnote an Frankreich. In ihren Überschriften wird allgemein hervorgehoben, daß trotz Entschiedenheit der Sprache der Ton Verständigungsbereitschaft verrate. Zum Abschluß der Protokolle von Rom sagt der „Kurjer Warszawski“, daß die Protokolle trotz der versteckten revisionistischen Tendenz eine Brücke zur Verständigung zwischen Berlin, Rom, Budapest und Wien darstellten.

## Kleine Rundschau.

### Deutsch-polnisches Fußballspiel.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Beuthen meldet, fand ein Fußball-Match zwischen den Mannschaften Deutsch- und Polnisch-Oberschlesiens statt. Die Begegnung hatte offiziellen Charakter, zumal ihr der Sportführer für Deutsch-Oberschlesien Fletter und der polnische Konsul Filarowicz beiwohnten. 20 000 Zuschauer waren anwesend. Das Stadion war mit den polnischen und deutschen Fahnen geschmückt. Vor Beginn des Spieles intonierte eine Musikkapelle die polnische und die deutsche Nationalhymne. Das sehr interessante verlaufene Spiel endete mit 0 : 0. Bergwerksgläser im Saargebiet.

Saarlouis, 18. März. (Eigene Drahtmeldung.) Auf der Knausholzer-Grube, die mehrere Jahre stillgelegt worden war, und erst vor etwa einem Jahre wieder in Betrieb genommen wurde, hat sich am Donnerstag kurz vor dem Schichtwechsel ein schweres Unglück ereignet. Eine Strecke, in der zum Glück nur wenige Personen beschäftigt waren, ging plötzlich zu Bruch. Hierbei erlitt ein Bergmann so schwere Verletzungen, daß er kurze Zeit nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus starb. Einem anderen Bergmann wurde außer einigen Quetschungen das Rückenmark gebrochen. Im schwer verletzten Zustande wurde er ebenfalls ins Krankenhaus gebracht.

## Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 17. März 1934.

Aratau — —, Zawichost + 2,42, Warschau + 2,86, Błoc + 2,54, Thorn + 2,73, Fordon + 2,50, Culm + 2,34, Graudenz + 2,55, Ruzbrat + 2,70, Bielec + 2,27, Dirschau + 2,30, Einlage + 2,52, Schiemenhorst + 2,64.

## Waldlauf der Ruderer.

Bromberg, 19. März.

Der Ruderverband Posen-Pommerellen veranstaltete am gestrigen Sonntag in dem Bleichfelder Walde (Weg nach Jaschnitz) seinen traditionellen Waldlauf, der eine sehr gute Beschädigung aus Bromberg, Posen, Graudenz und Thorn aufzuweisen hatte.

Im Einzellauf für Herren im Alter von 18 bis 30 Jahren über eine Strecke von 6500 Metern siegte stud. phil. Heinz Beckmann, Ruder-Gesellschaft „Germania“-Posen, in der Zeit von 25,10. Der Bromberger Norbert von Lasowski ging eine Sekunde später als Zweiter durchs Ziel, während Heinz Pollak vom Ruderverein Thorn mit 25,30 Dritter wurde. — Im Mannschafts-Lauf siegte R. V. Graudenz (Hortk Böhm, Siegfried Hoch und Ulrich Malinowski) mit 79,06 vor R. C. „Frithjof“-Bromberg (v. Lasowski, Kurt Neundorf und Ewald Reich) 79,07. — Im Alt-Herren-Lauf siegte Herr Boh-Posen mit 28,50.

Den Jugendlauf über 4500 Meter sicherte sich ebenfalls Posen, in dem Oskar Becker (Schüler-Ruderverein) mit 19,10 durchs Ziel ging vor Ulrich Tschonom (Schüler-Ruderverein-Posen) 19,30. Der Schüler-Ruderverein gewann auch den Mannschafts-Lauf (Oskar Becker, Ulrich Tschonom, Arthur Fiske).

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

### Teils heiter, teils wolfig!

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet teils heiteres, teils wolfiges, tags über mildes Wetter, unerhebliche Niederschläge mit mäßigen südlichen Winden an.

### Frühlingsanfang.

Früher als sonst hat sich in diesem Jahre der alte Winter in rauhe Berge zurückgezogen. Eigentlich waren es nur noch die Sportsleute, die etwas von ihm gespürt haben, wenn sie auf Skiern über weiße Hänge sausten. Wir Stadtmenschen aber haben schon seit längerer Zeit den Eindruck, daß der Winter restlos abgewirkt hat. Wenn auch das Thermometer erst wenige Wärmegrade zeigte — in der Sonne war es schon seit Wochen frühlingshaft warm, ein seidig blauer Himmel spannte sich über der Welt aus, und allenthalben, wo nur ein Fleckchen Erde zwischen dem Straßenpflaster hervorschaut, auf Plätzen, in Parks und Vorgärten, schauten die ersten Frühlingsblumen aus der Erde. Und nun ist der Frühling auch kalendermäßig eingezogen. Niemand wird mehr böshaft etwas von der ersten Schwalbe murmeln können, die bekanntlich noch keinen Sommer macht: Bald dürfen überall die neuen Frühjahrskleider mit vollem Recht auftauchen! Wer unkt da noch von Kälterückfällen, Aprilwetter und anderem Häßlichen? Es ist Frühling: der Kalender sagt es, die Sonne sagt es und die Vögel jubeln es in die blaue Luft!

Astronomisch fängt der Frühling auf der nördlichen Halbkugel der Erde mit dem Augenblick an, in dem die Sonne beim jährlichen Aufsteigen von Süden nach Norden in den Äquator tritt, und endet, wenn die Sonne ihre größte nördliche Deklination erreicht hat, dauert also für uns vom 20. oder 21. März (Frühlingsanfang, Frühlings- und Nachtgleiche) bis zum 21. Juni (längster Tag, Sommer Sonnenwende). Der Frühling ist auf der nördlichen Halbkugel um einige Tage länger als auf der südlichen, ein Unterschied, der von der verschiedenen Geschwindigkeit der Erde in ihrer elliptischen Bahn um die Sonne herrührt und periodisch ist. In meteorologischer Hinsicht pflegen die Monate März, April und Mai als Frühlingsmonate bezeichnet zu werden. Die Wetterlage des Frühjahrs kann man am besten dadurch charakterisieren, daß es am Tage infolge der immer steiler auffallenden Sonnenstrahlen ziemlich warm ist, daß dagegen in der Nacht leichte Fröste eintreten können. Besonders gefährlich ist die Zeit um den 10. Mai herum, wo die drei Eisheiligen auch während des Tages eine starke Abkühlung bringen können. Noch einmal, und zwar noch im Juni, besteht die Gefahr eines Kälterückfalls, und zwar am Juniansfang, wo die sogenannte Schaffkäse in Erscheinung tritt. Der verhältnismäßig warme Vorfrühling dieses Jahres und die ziemlich hohen Temperaturen der ersten Märzwochen bringen immerhin die Möglichkeit späterer Kälterückfälle.

Mit neuem Hoffen sehen wir in die Welt. Viele Monate lang waren wir in unserer Freizeit an das Haus gebunden, abgesehen von den wenigen Sonntagen. Denn allzufrüh wich der Tag einer zeitigen Dämmerung. Das ist nun anders geworden. Man kommt wieder bei Tageslicht aus dem Beruf heim, nicht lange mehr wird es dauern, daß die Sonne noch scheint, während man gemächlich durch den lauen Abend heimischlendert. Vor allem aber werden die ersten schönen Frühlingsstage dazu benutzt, um so oft es möglich ist hinauszufahren in Wald und Feld und um aus den Lungen allen Staub herauszuspülen, der sich dort in langen Wintermonaten festsetzte. Ja, eigentlich kann man behaupten, daß wir in körperlicher und geistiger Hinsicht den Staub abschütteln: der Körper dehnt sich befreit in Licht und Luft, und das Auge blickt hell und hoffnungsfroh in den Tag!

Wir wissen, daß es dem Sommer entgegengeht, der lange und reiche Tage bringt, und wir wissen auch, daß nach Überwindung des Winters sich tausendfach neue Arbeitsmöglichkeiten bieten, die zahlreichen Volksgenossen wieder Brot geben. Überall regt sich neues Schaffen. Auf dem Lande empfängt die Scholle den Samen, aus dem grüne Halme und später reife Ähren und noch später Brot werden soll. Viele Gewerbe blühen auf, überall dröhnt der gewaltige Rhythmus der Arbeit, angetrieben von einem einzigen großen Willen: Arbeit zu schaffen, dem Einzelnen bessere Lebensbedingungen zu geben, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Über all diesem neuen Wollen und dieser neu erwachten Kraft lächelt die Sonne des Frühling.

## Die Dreistigkeit der Gauner

kennt keine Grenzen.

Immer neue Gaunertricks werden von gewissenlosen Betrügern erfunden, um auf leichte Weise ihre Mitmenschen zu schädigen. Einem solchen neuen Gaunertrick zum Opfer gefallen ist am Sonnabend die Landwirtin Hedwig Müller aus einem Orte bei Schultze, die hier einen Zahnarzt aufsuchen wollte. Als die Frau den Bahnhof verließ, trat ein Mann an sie heran, der sie wie eine alte Bekannte begrüßte und sich erkundigte, wann er wieder Schweine bei ihr einkaufen könne. Die erstaunte Frage der Angeredeten, daß sie sich nicht erinnere, je die Bekanntschaft des Unbekannten gemacht zu haben, beantwortete der Mann damit, daß sie dies wahrscheinlich vergessen habe.

Trotz der abweisenden Haltung der Frau M. wich der Fremde nicht mehr von ihrer Seite. Schließlich erklärte er, daß er Kontrolleur des hiesigen Finanzamts sei und den besonderen Auftrag habe, zugereifte Personen nach ausländischem Gelde hin zu untersuchen. Er forderte dann Frau M. auf, ihm die Geldtasche zu zeigen, was diese zuerst natürlich nicht tat. Als der Unbekannte aber mit der Polizei drohte, ließ sich Frau M. einschüchtern und überreichte ihm die Geldtasche, die er einer kurzen Prüfung unterzog und sie dann mit einer Entschuldigung zurückgab. Erst beim Zahnarzt, als Frau M. ihre Rechnung begleichen wollte, stellte sie zu ihrem Schrecken fest, daß der angebliche Kontrolleur ihr 20 Zloty gestohlen hatte. Die Bestohlene, die Witwe und minderbemittelt ist, trifft der Verlust besonders schwer.

## Gegen der Heimat.

Der Heimat sind wir beigelegt  
Wie Wind und Regen jeder Wolke  
Und sind verbunden unserem Volke,  
Des Schicksal mit uns steigt und fällt.

Der Ader, der uns Brot beizert,  
Der Strom, drauf unsere Schiffe fahren,  
Das Meer, das uns mit Fischen nährt,  
Der Dom, der wie vor tauenden Jahren  
Sein ungewandelt Antlitz trägt  
In Ewigkeit, die uns bewegt,  
Der Winkel selbst im Vaterhaus,  
Im Walde Baum und Ast und Blatt,  
Das Reh, der Hase, die Wurzelmaus,  
Der Schaf, der uns geboren hat,  
Und auch die Scholle, die uns deckt,  
Oh wir vom Tode anferweckt —

Wie sind wir all dem beigelegt  
Gleich Wind und Regen jeder Wolke:  
Ein Herz, ein Leib mit unserem Volke,  
Für das uns gnädig Gott erhält!

Walter Steinbach.

§ Liquidierung der staatlichen Tabakfabrik in Bromberg? Nachdem man erst vor wenigen Jahren die hiesige Tabakfabrik ausgebaut hatte, kürzester Zeit wieder Gerüchte, daß dieses Unternehmen infolge mangelnder Nachfrage liquidiert werden soll. Wenn diese Gerüchte sich bewahrheiten sollten, würde das eine neue Belastung der Kommunalverwaltung durch weitere hunderte von Arbeitslosen bedeuten. Aufjenige Mitteilungen sind jedoch vorläufig noch nicht zu erlangen.

§ Gebrauchte Sachen aus dem Ausland. Die polnischen Behörden haben eine Verordnung erlassen, wonach an in Polen wohnhafte unbemittelte Personen gebrauchte Kleidungsstücke unter Beachtung der nachstehend aufgeführten Bestimmungen gefandt werden können: Zugelassen sind ausschließlich gebrauchte Sachen, und zwar Bekleidungsstücke, Wäsche, Konfektionswaren (wollene, halbwoollene, baumwollene, leinene sowie aus anderen natürlichen pflanzlichen Fasern hergestellte), Schuhzeug aus Leder, Gummi, Filz und Webstoffe. Ausgenommen hiervon sind Pelzsachen, sowie Hebräer-, Gansen-, Lach-, Krokodil-, Schlangen- und Wildleder sowie Brokatstoffe. Der Versand kann nur in Postpaketen vorgenommen werden. Personen, welche derartige Pakete zu erhalten wünschen, müssen sich von dem zuständigen Gemeindeamt ein Armutszugnis ausstellen lassen. Dieses Armutszugnis ist dem hilfeleistenden Verwandten oder Bekannten in Deutschland zwecks Beglaubigung zuzusenden. Der Absender hat seinerseits diese Bescheinigung nebst den abzusendenden Sachen bei dem zuständigen polnischen Konsulat in Deutschland zwecks Beglaubigung vorzulegen. Diese beglaubigten Dokumente werden der Sendung beigelegt und gelten dem betreffenden Zollamt als Unterlage zur zollfreien Ablassung der Sachen.

§ Ostereier für die Winterhilfe. Zu Ende des Winters bittet die Winterhilfe alle treuen Freunde, namentlich auf dem Lande, die ihr den ganzen Winter hindurch so treu beigegeben haben, noch einmal all ihren Schützlingen eine große Freude zu machen. Oftern steht vor der Tür und jung und alt, groß und klein schaut sehnsüchtig aus nach Ostereiern. Sie brauchen nicht aus Zucker, Schokolade oder Marzipan zu sein, nein die kräftigeren und inhaltsvollen schlichten weißen Eiernereier werden von allen Seiten vorgezogen und sollen unseren unterernährten und erwerbslosen Stadtleuten und den blaffen schmalen Kindern eine recht erquickende Stärkung und Zujahnahrung sein. Darum bittet die Winterhilfe alle lieben Landsfrauen, in den Wochen vor Ostern beim Eiersammeln auch recht viele Eier schon für die Winterhilfe zurückzuliegen. Gewiß übernimmt jemand im Dorf das Einsammeln und den Transport in die nächste Stadt, wo man den Eierlegen für die Winterhilfskassche, die Kinderpeisung oder zur Verteilung gut brauchen kann. Auch die Instalten der Inneren Mission, die sich überall in unserem Lande finden, sind dankbare Abnehmer für die schönen Ostereier. Wenn bei der Eiersammlung hier und da auch ein Stückchen Butter mit auf die Seite gelegt wird oder ein Säckchen weißes Mehl oder ein Stück Speck oder was es sonst sei, kann man die Eierspende sinngemäß ergänzen und dem notleidenden Empfänger viel Freude bereiten. Hoffentlich sind alle Hüner recht brav, damit die Eiersammlung für die Winterhilfe überall mit glänzendem Erfolg durchgeführt werden kann!

§ Ein Darlehensschwindler hatte sich in der Person des 35-jährigen Francijzek Majchzak von hier vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Er war der Vermittler

einer angeblichen „Schweizer Bank“, die, wie die Gerichtsverhandlung ergab, über das enorme Anlagekapital von 2000 Franken verfügte und deren Leiter und ausschließlicher Direktor ein Seher war! Diese „Bank“ gab überall bekannt, daß sie Darlehen verleihe. M., als hiesiger Vertreter dieser Bank, veröffentlichte in verschiedenen polnischen Zeitungen Inserate folgenden Inhalts: „Schweizer Kapital erteilt gegen sichere Garantie langfristige Darlehen. Auskunft Garbary 16“. Auf diese Inserate hin — wer möchte nicht gern ein langfristiges Darlehen aufnehmen — meldeten sich eine ganze Anzahl von Leuten, denen M., sofern sie eine sichere Garantie vorweisen konnten, die Erteilung des gewünschten Darlehens versprach. Kostenpunkt der Einschreibung 20 und 10 Zloty. Die Darlehensreflektanten unterschrieben irgend eine Deklaration, bezahlten die Gebühren und erhielten nach einiger Zeit aus der Schweiz einen Einschreibebrief gegen Nachnahme bis zu 40 Zloty. In der freundigen Annahme, daß die Darlehensangelegenheit für den Reflektanten günstig stehe, bezahlte dieser in den meisten Fällen das Geld und mußte dann beim Öffnen des Briefes zu seinem Erstaunen feststellen, daß dieser nichts weiter als ein Verzeichnis von Banken enthielt, die Darlehen verleihten. Mit Einsendung dieses Bankverzeichnisses endete gewöhnlich auch die Tätigkeit des hiesigen Vertreters, oder aber, er suchte noch für den Reflektanten ein Bankinstitut aus, an das sich dieser wenden sollte. Die Leute merkten schließlich doch, daß mit diesen „Darlehen“ etwas nicht stimmte. Die Polizei, an die sich die Geschädigten wandten, interessierte sich näher für den Vertreter der „Schweizer Bank“ und veranlaßte schließlich seine Verhaftung. Vor Gericht hatten's Opfer dieses Schwindelns, von denen jeder 50 — 60 Zloty los wurde, als Zeugen ausgesagt. Sämtliche Zeugen gehören den minderbemittelten Kreisen an, die mit schwerer Mühe das Geld für die Gebühren aufgebracht hatten. Das Gericht verurteilte M. zu 6 Monaten Gefängnis.

§ Selbstmord eines Bromberger Kaufmanns. Seit einigen Jahren betrieb im Hause Bahnhofstraße 57 der Kaufmann Edmund Dłzjynski ein Kolonial- und Delikatwarengeschäft, das sich eines guten Rufes erfreute. Am vergangenen Sonnabend stellten Vorübergehende mit Verwunderung fest, daß Dłzjynski damit beschäftigt war, sein ganzes Geschäft auszuräumen. Nicht nur die Lagerbestände, sondern auch die Inneneinrichtung wurden fortgeschafft. Auch am Sonntag war Dłzjynski noch damit beschäftigt. Heute früh mußte man nun die traurige Entdeckung machen, daß der Kaufmann seinem Leben ein Ende gemacht hat und zwar hatte er in seiner Wohnung den Gashahn geöffnet und hatte sich durch Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen. Wie es heißt, soll Dłzjynski in letzter Zeit sehr stark unter den Steuerlasten zu leiden gehabt haben. Seine Steuerlasten soll derart angewachsen gewesen sein, daß in nächster Zeit eine Versteigerung stattfinden sollte. Um dieser Tatsache zu entgehen, dürfte sich Dłzjynski zu dem traurigen Schritt entschlossen haben.

§ Während der Festvorstellung im Stadttheater aus Anlaß des Namenstages des ersten Marschalls Polens Józef Piłsudski erlitt der Kollektor W. Kapturkiewicz einen Herzanfall, der eine sofortige Überführung in seine Wohnung nötig machte. Da nach zwei Stunden die Bestimmung noch nicht zurückgekehrt war, mußte K. in das St. Florian-Stift eingeliefert werden.

## Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Verzogen ist der Dentist Wasikowski nach der ul. Słaniska 1. Näheres siehe Anzeige. (2595)

z Znowocław, 18. März. Verhaftet wurde im Zusammenhang mit den Verfehlungen im Elternverein hiesiger Volksschulen nunmehr auch der Vorsitzende Spektor Czesław Dąbrowski.

\* Pochowo, 19. März. Für die evangelischen Kirchengemeinden von Pochowo und Umgegend war der gefeierte Sonntag ein besonderer Festtag. Der Einladung der Kirchengemeinde Pochowo hatte der Bromberger Bachverein Folge geleistet. Der Bachverein war mit einer Anzahl seiner Mitglieder unter Leitung seines Dirigenten Georg Jaedek erschienen, um den deutschen Volksgenossen dieser Gegend gute Kirchenmusik zu vermitteln. Alle Darbietungen (Orgel, Chor und Soli) wurden von einer andächtigen Zuhörerhaft, welche die Kirche bis auf den letzten Platz füllte, mit großem Dank aufgenommen.

i Kafel, 19. März. Bei dem Besitzer Konieczny in Kazim drangen nachts Diebe in den Speicher und stahlen dort 11 Zentner Klee. Die Polizei konnte aber bald der Diebe habhaft werden und dem Besitzer 7 Zentner Klee wieder zurückerstatten.

B. Posen, 18. März. In Berlin, wohin er nach der politischen Umwälzung abgewandert ist, vollendete dieser Tage der Mittelschullehrer i. R. Hermann Franke sein 95. Lebensjahr. Er war Jahrzehnte lang an der hiesigen Mittelschule tätig. — Der Student i. R. Professor Dr. Max Schuster ist in Hannover, wo er im Ruhestande lebte, im Alter von 72 Jahren gestorben. Er war am früheren Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Posen vor seiner Abwanderung als Oberlehrer tätig.

Im benachbarten Moschin ist dem deutschen prakt. Arzte Dr. Alt die Kassenpraxis, die er seit 35 Jahren ausübte, gekündigt worden.

In der Nähe der Bahnhofbrücke wurde wieder ein Taschendieb in der Person des gewerbsmäßigen Taschendiebes Henryk Sentowski aus Warchau festgenommen.

Bei einer Prügelei unter mehreren Gästen der Gastwirtschaft von Wawrzyniak in der fr. Großen Berlinerstr. wurden ein Leon Kruszona aus der fr. Kaiser-Friedrichstraße 6, und ein Franz Choinacki durch Messerstücke schwer verletzt.

In der Großen Gerberstraße wurde ein Michael Krzyżajski aus Gnesen durch einen Personentransportwagen überfahren und schwer verletzt, so daß seine Überführung ins Stadtkrankenhaus erfolgen mußte.

Die Firma „Soma“ in der fr. Breitenstraße 18 ist durch ein gefälschtes Schreiben der Firma Beresowski um 3000 Maggikapseln geprellt worden.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heyke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przynoński; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 64



Bommerellen.

19. März.

Graudenz (Grudziadz)

Furchtbarer Selbstmordversuch einer Geisteskranken.

Ein schrecklicher Vorfall

trug sich Sonnabend früh im Hause Pohlmannstraße (Mickiewicz) 37 zu. Dorthin wurde gegen 7 1/2 Uhr die Freiwillige Feuerwehr alarmiert. Die Ursache war ein in der Wohnung der 54jährigen, geisteskranken Witwe Jadwiga Karasiewicz ausgebrochener Brand. Das Feuer, das noch vor dem Eintreffen der Wehr durch Hausbewohner gelöscht werden konnte, hatte eine ganz ungewöhnliche, graufige Veranlassung. Frau K. hatte sich nämlich in selbstmörderischer Absicht zunächst mit Fett eingerieben, sodann mit Petroleum übergossen und schließlich angezündet. Sie war von der Feuerwehr völlig unbekleidet auf dem Fußboden liegend mit furchtbaren Brandwunden bedeckt vorgefunden worden. Man sorgte für die sofortige Überführung der Unglücklichen ins Krankenhaus. Ihr Befinden läßt für die Erhaltung der Bedauernswerten am Leben keine Hoffnung.

Nach der Bevölkerungsstatistik unserer Stadt zählte Graudenz am 31. Januar d. J. 52 403 Einwohner. Im Laufe des Monats Februar reisten zu 310, es verließen Graudenz 232 Personen. Geboren wurden 100 Kinder, gestorben sind 59 Personen. Ende Februar betrug somit die Einwohnerzahl von Graudenz 52 522 Personen, was gegen den Vormonat ein Mehr von 119 Seelen darstellt. Der Ausländerverkehr gestaltete sich im Monat Februar wie folgt: Es reisten zu 48 Ausländer (40 Deutsche, 6 Danziger und 2 Tschechoslowaken), abgereist sind 43 Ausländer (37 Deutsche, 4 Danziger, 2 Amerikaner).

Graudenz Postverkehr. Im Februar d. J. wurden auf dem hiesigen Postamt aufgegeben: gewöhnliche Briefsendungen 699 160, eingeschriebene Briefsendungen 12 175, Wertbriefe 218, Pakete 3300, Pakete mit Wertangabe 331, Nachnahmeforderungen 614, Postaufträge 101, Postanweisungen (einschl. telegraphischer) 5436 über 364 664 Zloty, Telegramme 1860, Zeitungen und Zeitschriften 441 335; es gingen ein: gewöhnliche Briefe 397 232, eingeschriebene Briefe 10 815, Wertbriefe 199, Pakete 5792, Wertpakete 770, Nachnahmeforderungen 1420, Postaufträge 251, Postanweisungen (einschl. telegraphischer) 8030 über 463 589 Zloty, Telegramme 1503, Zeitungen und Zeitschriften 62 181. An Ein- und Auszahlungen bei der Postsparkasse gab es 14 419 über 2 287 413 Zloty, an Telefongesprächen im Ortsbezirk 324 348, im Außenverkehr 13 775.

Einer Verleumdung des Marschalls Pilsudski hat sich im Oktober v. J. auf dem Terrain der hiesigen Gummiwarenfabrik (P. P. G.) der Arbeiter Leon Maslinski aus Graudenz schuldig gemacht. Das brachte dem M., der sich deswegen vor den Schranken des Gerichts zu verantworten hatte, 6 Monate Gefängnis ein.

Seit einem Jahr im Hungerstreik. Kaum glaublich klingt folgende Geschichte, die wir in einem hiesigen Blatt lesen. Danach soll der in der hiesigen Strafanstalt weilende Antoni Unkiewicz, der f. Jt. wegen Teilnahme an einem Mord zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, bereits seit März v. J. im Hungerstreik verharren. Seit dieser langen Zeit werde der Häftling, den keinerlei Bemühungen des Strafanstaltspersonals noch der Ärzte zur Aufgabe des Hungerstreiks hätten bewegen können, künstlich ernährt. Nicht mehr als 10 Prozent der normalen Ernährung sei dem Gefangenen, der selbst nicht einmal einen Tropfen Wasser freiwillig zu sich nehme, täglich beizubringen. Infolgedessen sehe der Hungernde jetzt bereits wie ein Skelett aus und könne aus eigener Kraft weder sitzen, geschweige denn gehen. Dennoch verbleibe er unverdrossen bei seinem selbstmörderischen Vorhaben. Auf alle Fragen

und Mahnungen, doch endlich das widernatürliche Verhalten aufzugeben, erkläre er, nicht eher vom Hungerstreik abzugehen, als das Gericht ihn, der unschuldig sei, freispreche. So stände die Behörde vor der Frage, was sie mit dem schon von der Gefahr des Todes bedrohten Häftling beginnen solle. Es handle sich hier also um einen Hungerstreikrekord von Jahresdauer, ein wohl bisher nirgend zu verzeichnendes Vorkommnis.

Vor der Strafkammer stand der Landwirt Anton Maczkowski aus Donsk (Lazek), Kr. Schwetz. Er hat auf seiner ihm vom dortigen Gemeindevorsteheramt ausgestellten Radfahrkarte das Datum geändert, um dadurch die Gültigkeitsdauer der Karte zu verlängern. Dafür diktierte ihm der Gerichtshof 2 Monate Arrest mit zweijähriger Bewährungsfrist zu. Eines gleichen Vergehens hat sich der Arbeiter Stanislaw Karczewski aus Rehden (Radzyn) schuldig gemacht. Ihn belegte das Gericht mit derselben Strafe, wie sie der Erstgenannte erhalten hatte.

Ein nicht unbedenklicher Gang scheint derjenige zu sein, der an der Gehlbuderstr. (Konarski) gelegenen Volksschule (fr. Geldmarktschule) zu sein. Wenigstens muß man das daraus folgern, daß laut Anzeige von Tomasz Kilarski Rehdenstr. (Gen. Gallera) 45, unbekannte Täter seinen zehnjährigen Sohn Boleslaw, als dieser sich auf dem Wege zu der genannten Anstalt befand, seines 70 Zloty Wert besitzenden Mantels entkleideten und damit verschwanden. Das ist denn doch ein bißchen zu stark.

Taschendiebe. Auf dem letzten Vieh- und Pferdemarkt verkaufte der Landwirt Robert Zaleski aus Kossowo, Kr. Schwetz, eine Kuh und erhielt dafür 180 Zloty. In diese Betrübniß wurde er später verwickelt, als er dessen gewahr werden mußte, daß ihm der Käuferlos von nichtswürdigen herumlungernenden Spitzbuben gestohlen worden war. Als Täter kommen zwei Personen, die sich in der Nähe des Bestohlenen aufgehalten und verdächtig gemacht haben, in Betracht.

Diebische Autolenker. Im Dezember v. J. wollten die Graudenz Chauffeur Stanislaw Boraliski, Antoni und Zygmunt Sarowski dem Laden des Bäckermeisters Kłosowski, Getreidemarkt (Plac 23-go Stycznia), eine unangenehme Visite machen, um dort den Vorrat an Getreide zu ihren Gunsten zu verkleinern. Als sie an der Eingangstür „arbeiteten“, sah das ein Schutzmann und nahm die Diebe fest. Jetzt mußten die verunglückten Einbrecher vor Gericht ihre Sünden bekennen. Stanislaw B. erhielt 3 Monate Gefängnis ohne Bewährungsfrist, Antoni S. ebenfalls, aber mit 3 jährigem Strafaufschub. Der jüngere Bruder des letzteren, Zygmunt S., den das Gericht als den lediglich Verführten ansah, kam diesmal noch mit einem Verweise davon.

Zusammenstoß. Freitag früh gegen 8.15 Uhr stieß an der Ecke Blumenstraße (Kwiatowa)—Schützenstraße (Marszalka Jozha) einem Radfahrer, dem Fliegerunteroffizier Viktor Wamryniak, das Mißgeschick zu, mit dem um diese Zeit dort passierenden Wagen der Elektrischen Nr. 12 zusammenzustoßen. Infolgedessen trug der Radler einige Verletzungen davon, die seine Überführung in das Garnisonlazarett nötig machten.

Der Sonnabend-Wochenmarkt war lebhaft und gut besucht. Die Butter kostete 1,40—1,60, Eier 1—1,10, Weiskäse 0,10—0,60, Apfel 0,40—0,70, drei Zitronen 0,25, Salat Kopf 0,20, Spinat 0,45—0,60, Radieschen 0,20, Rhabarber 0,25—0,30, Weißkohl 0,05—0,07, Rotkohl 0,10—0,15, Mohrrüben 0,10, weiße Bohnen 0,20—0,30, Kocherbsen 0,15—0,30, Zwiebeln 0,10, Suppenhühner 2,40—3,50, Tauben Paar 1—1,10, Schleie 1,00, Hechte 0,80—1,00, Breiten 0,60—0,80, Barsche 0,50—0,90, Plöke 0,35—0,50, Heringe drei Pfund 1,00, frische Sprotten 0,10—0,15, geräucherter Sprotten 0,40. An den Gärtnerkständen machte sich schon der Samenhandel bemerkbar, desgleichen wurden Obstbäumchen, Obst- und Ziersträucher schon stark gehandelt. An Topfblumen sah man viel Zimmerarten zu 0,50—0,80, andere Topfblumen zu 0,60—1,50 und mehr, Schneeglöckchen Bündchen 0,05—0,10, Tannengrün, Palmkätzchen und Ostergrün Bündchen 0,05 bis 0,10; auch die ersten Leberblümchen sah man schon (Bündchen 0,10).

Thorn (Toruń)

Der Thorner Kreisrat

tagte am letzten Donnerstag unter dem Vorsitz des Starosten Rogowski. Der Haushaltsplan für 1934/35 wurde ohne Debatte angenommen. Er schließt auf beiden Seiten mit 508 254 Zloty ab. Ebenso wurde das Budget des Kreisfrankenhauses in Culmsee diskussionslos angenommen und das Statut betr. Erhebung der Wegegebühren und Zuschläge, des Kommunalzuschlages zur staatlichen Einkommensteuer, des Kommunalzuschlages zur staatlichen Grundsteuer, des Kommunalzuschlages zur staatlichen Gewerbesteuer und des Kommunalzuschlages zur staatlichen Steuer von Akzisenpatenten beschlossen. Die Zahlungsstermine für die selbständigen Kommunalsteuern und die Kommunalzuschläge wurden wie die im Vorjahre belassen. Propst Marchlewski erstattete Bericht über das letzte Geschäftsjahr der Kreis-Kommunalsparkasse. Die Spareinlagen sind um 179 666 Zl. angewachsen und der Stand der protektierten und eingeklagten Wechsel hat sich um 67 510,68 Zloty verringert. Auf Antrag der Revisionskommission wurde den Verwaltungsorganen Entlastung erteilt. Beschlossen wurden sodann die Verteilung des Reingewinns, sowie das Reglement für die Revisionskommission. Dann erfolgten die Wahlen eines neuen Aufsichtsratsmitgliedes, sowie des Vorsitzenden und der Mitglieder der Revisionskommission für die Kreis-Kommunalsparkasse. Das Projekt der Bildung von Sammelgemeinden wurde nach lebhafter Aussprache mit kleinen Änderungen angenommen. Zum Schluß der Sitzung wurden die in Vorschlag gebrachten Schiedsrichterandidaten nebst ihren Stellvertretern anerkannt und mehrere Dekrete des Wojewoden zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Der Wasserstand der Weichsel wuchs etwas an und betrug Sonnabend früh 2,33 Meter über Normal. — Auf der Fahrt von Warschau nach Danzig passierte Dampfer „Stanislaw“, in umgekehrter Richtung die Dampfer „Witez“ und „Fredro“.

Das erste Gewitter dieses Jahres stellte sich Sonnabend nacht gegen 11 Uhr ein. Es war von einem kleinen Regenguß begleitet und nur von kurzer Dauer.

Hygienisch. Zu unserer neulichen Notiz unter dieser Spitzmarke wird uns aus Thorn mitgeteilt, daß es die Stadtverwaltung (Magistrat) selbst ist, die die Straßenmüllautos zum Transport von Mist benutzt. Jede Woche erhält ein Bäckermeister einen solchen Transport zum Ausbacken von Broten, die an die Arbeitslosen zur Verteilung gelangen. — Man sollte doch annehmen können, daß der Stadtverwaltung für diesen Zweck auch noch andere Fahrzeuge zur Verfügung stehen als ausgerechnet Müllautos. Sollte dies tatsächlich nicht der Fall sein, dann werden sich sicherlich der Mülllieferant oder hiesige Expeditionsfirmen nicht fräuben, wöchentliche einmal ein Gespann zu stellen und damit die Arbeitslosen-Hilfsaktion zu unterstützen.

Die Vergrößerung des Gartens der Wojewodenvilla, die bereits seit längerer Zeit geplant war, wird nun durchgeführt. Bekanntlich wurde schon im Herbst vorigen Jahres begonnen, das dafür in Aussicht genommene parkähnliche ehemalige Festungsgelände zwischen dem Roten Weg (Czerwona Droga) und der Kersten- und Körnerstraße (ul. Szopena und Fredro) durch einen teilweise gemauerten Zaun zu umgeben. Die Arbeiten wurden aber wegen Einspruchs von Interessenten eingestellt, die den über dies Terrain führenden Abfuhrgangsweg zwischen der Kerstenstraße einerseits und der Kłosmann- und Mellienstraße (ul. Mickiewicz) andererseits als bereits „öffentlichen Weg“ betrachteten. Da der Zaun jetzt weitergebaut wird, ist anzunehmen, daß der Einspruch an zuständiger Stelle als unbegründet zurückgewiesen wurde.

Ein Strafenunfall ereignete sich Sonnabend vormittag gegen 9 Uhr in der Breitestraße (ul. Szeroka) in der Nähe der Brückenstraße (ul. Mostowa). Hier wurde eine alte Bettlerin beim Überschreiten des Fahrdammes von einem Personkraftwagen erfasst und zu Boden geworfen, wobei sie in ihrem Korbe gesammelten milden

Bestellungen auf die Deutsche Rundschau

werden von allen Postanstalten und den Briefträgern angenommen. Dieser Bestellzettel für April 1934 ist ausgefüllt dem Briefträger oder dem Postamt zu übergeben.

Na\*) 2. kwartał kwiecień — Für 2. Quartal April Pan Herr

Table with 5 columns: Tytuł gazety, Miejsce wydawnictwa, Na czas (miesiące), Abonament, Należność

Pokwitowanie. — Quittung. Zloty zapłacono dziś. Zloty sind heute richtig bezahlt worden. dnia den 1934.

\*) Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.

Graudenz.

Advertisement for Adolf Strehlke, Fleischmeister, im 52. Lebensjahre. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen Berta Strehlke geb. Jarochin. Grudziadz, den 19. März 1934. Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 21. März, um 2 Uhr von der Leichenhalle des evangelischen Friedhofes aus statt.

Advertisement for Pianos by Piano-Fabrik B. Sommerfeld. direkt aus der Fabrik liefert zu billigsten Preisen in bester Qualität. die größte und leistungsfähigste Piano-Fabrik B. Sommerfeld. Bydgoszcz, ul. Sniadeckich 2. Filiale: Poznań, ul. 27. Grudnia 15.

Advertisement for Deutsche Bühne, Grudziadz e.B. Sonntag, den 25. März 1934 um 15 Uhr: 500. Aufführung Fest-Aufführung für die Mitglieder der Deutschen Bühne und Gemeindehaus-Verwaltung. Fest-Ouverture — Prolog Zum letzten Male! „Der Strom“. Drama in 3 Aufzügen von Max Halbe. Einheitlicher Preis auf allen Plätzen z1 1.40 einchl. Steuer. Die Mitglieder der Deutschen Bühne und der Gemeindehaus-Verwaltung erhalten in unserem Geschäftszimmer eine kostenlose Eintrittskarte nach ihrer Wahl; jede weitere Karte z1 1.40. Zu dieser Fest-Vorstellung und letzten Aufführung des wirkungsvollen Stückes haben auch Nichtmitglieder zum einheitlichen Eintrittspreis von z1 1.40 Zutritt. Wir bitten die Mitglieder, ihren Freiplatz schnelligst abzuverlangen, da die Plätze der Reihe nach ausgegeben werden.

Advertisement for Thorn. Hebamme Aufpolsterungen und Renanfertigung von Sofas. Matratzen usw. sowie Anbringung von Gardinen schnell, sauber und billig. A. Schulz, Tapezier- und Dekorationsmeister, Male Garbary 15.

Gaben weit verstreut wurden. Der Chauffeur hielt sofort an, hob die Frau auf und führte sie in das Auto, um sie in das nahe städtische Krankenhaus zu bringen. Sie hat anscheinend aber keinerlei Verletzungen erlitten.

**Für Unterschlagung von 40 Zloty — 8 Monate Gefängnis.** Vor dem hiesigen Bürgergericht hatte sich dieser Tage der 40jährige Teofil Kruk aus Thorn wegen Unterschlagung eingezogener Versicherungsbeiträge in zwei Fällen zu verantworten. Kruk, der seinerzeit Vertreter der Versicherungsgesellschaft „Piaś“ war, versicherte den Pensionär Fr. Witkowski und zog von ihm für die Police n. 12.80 Zloty ein. Als der Versicherte nach gewisser Zeit keine Bestätigung der Einzahlung erhielt, wandte er sich an den hiesigen Inspektor der Gesellschaft, von dem er erfuhr, daß Kruk schon lange entlassen worden war und keine Inkassovollmacht besaß. In einem zweiten Fall handelte es sich um die Unterschlagung eines Versicherungsbeitrages in Höhe von 27 Zloty. Das Gericht verurteilte den Angeklagten für die erste Unterschlagung zu sechs Monaten Gefängnis mit Strafaufschieb, und für die zweite zu 8 Monaten Gefängnis, aber ohne Strafaufschieb. Die verhängten Strafen wurden zu einer Gesamtkraft von 8 Monaten Gefängnis zusammengezogen. Der Verurteilte wurde sofort abgeführt.

**Ein hoffnungsvoller Bursche.** Am Donnerstag verhandelte das Bezirksgericht in Thorn in nichtöffentlicher Sitzung gegen den jugendlichen Stanisław Waśki, der, obwohl erst 16jährig, einem neunjährigen Mädchen aus dem hiesigen Landkreise Gewalt anzutun versucht hatte. Wegen den jugendlichen Sünder, der sich schon vorher durch Bestechung seines Vaters und durch Flucht aus dem Elternhaus mißliebig gemacht hatte, erkannte das Gericht auf Unterbringung in einer Erziehungsanstalt.

**Sechsköpfige Diebesbande ertappt.** In einer der letzten Nächte begaben sich der 27jährige Leon Jagodzinski und Genossen, Einwohner des Dorfes Bilschön (Bielezyn), Kreis Thorn, mit zwei Fuhrwerken auf das Feld des Gutes Jeleniec im Kreise Culm zwecks Rüben-diebstahls aus einer Miete. Als die aus sechs Personen bestehende Bande mit ihrer Beute das Gut Byglab passierte, wurde sie von dem Wächter Palkowski bemerkt, der die Gutsverwaltung hierin in Kenntnis setzte. Der Gutsverwalter nahm zusammen mit dem Gutschreiber R. Tomaszewski und dem Wächter die Verfolgung der Täter auf und holte dieselben nach kurzer Zeit ein. Der Aufforderung, mit dem Wagen nach dem Dorf zurückzufahren, leisteten die Diebe keine Folge und ergriffen die Flucht. Tomaszewski sandte den Fliehenden zwei Revolver-schüsse nach, von denen einer Leon Jagodzinski in den linken Fuß traf. Während der Angehässenen sowie dessen Bruder Jozef ergriffen werden konnten, entkamen die übrigen Täter unter dem Schutz der Dunkelheit. Eine polizeiliche Untersuchung zur Klärung des Tatbestandes ist eingeleitet.

**d. Gdingen (Gdynia), 18. März.** Feuer entstand infolge Undichtigkeit des Schornsteins im Hause des Kolo-dziejczak in der Johannesstraße. Das Feuer griff schnell um sich und richtete großen Sachschaden an. Der Feuerwehrgang es, die nahe liegenden Gebäude zu retten.

**Autostatistik waren am 1. Januar d. J. 310 Autos** in der Stadt, 92 Privat-, 15 Liefer- und 2 Spezialwagen. Die Zahl der Autotaxen betrug 82. — Im Jahre 1933 waren in Gdingen 868 Ausländer (mit Ausnahme Danziger Staatsangehöriger) angemeldet, wobei die Zahl der Deutschen die Höchstzahl von 193 Personen betrug.

Mit dem Bau von zwei großen städtischen Wohnhauskomplexen wird im Zentrum der Stadt von der Versicherungsgesellschaft für geistige Arbeiter (ZWP) begonnen werden. Die Häuser, die auf modernste Weise eingerichtet sein werden, sind zu Bureau- und Wohnungszwecken bestimmt.

Überfallen wurde im nahen Walde die 27jährige Frau Bloch. Zwei unbekannte Täter schlugen sie mit einem harten Gegenstand zu Boden und raubten ihr dann die Handtasche mit 80 Zloty und ein Paket mit Kleidungsstücken.

**tz. Konitz (Chojnice), 16. März.** Jan Nalawajka aus Gdingen versuchte ohne Fahrkarte eine Reise zu machen. Er wurde aber in Konitz festgenommen und dem Gericht übergeben, das ihn nach Gdingen zurücktransportieren ließ.

Der heutige Wochenmarkt war nur mittelmäßig besucht. Butter kostete 1,30—1,50, Eier 0,90—1,00. Ferkel brachten 18,00—20,00.

Der Wirtschaftsverband Städtischer Berufseiner hielt eine Versammlung ab, die gut besucht war. Der Obmann der Ortsgruppe gab den Jahresbericht, der ein erfreuliches Resultat aufwies. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zu Delegierten für die Verbandstagung wurden die Herren Bruno Riedel, Bennewitz, Rus-

hammer und Sachbart gewählt. Darauf hielt der Syndikus Schramm einen längeren gut durchgearbeiteten Vortrag über die neue Sozialversicherung, an den sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Zum Schluß wurden noch einzelne Fragen besprochen und der Wunsch geäußert, eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Verein selbst, Kaufleute und der Konitzer Ortsgruppe des Wirtschaftsverbandes zu erzielen.

**h. Neumark (Nowemiasto), 18. März.** In den letzten Tagen ist es der Polizei gelungen, wieder eine Diebesbande unschädlich zu machen. Dem Landwirt Rutkowski in Wonna wurde nachts Mehl im Werte von 10 Zloty gestohlen. Auf Grund der zurückgelassenen Spuren konnte die Polizei als Täter Johann Gottward in Buczel und Franz Drzewiecki aus Starlin ermitteln. Eine bei ihnen durchgeführte Hausdurchsuchung förderte allerdings gestohlene Sachen aus Tageslicht. Eingestanden haben die Banditen zehn Diebstahle, darunter auch den beim evangelischen Pfarrer Mühlensbeck in Grzyblin (Grzyblin). Bemerkenswert ist, daß dies die dritte Diebesbande ist, die von der Polizei in kurzer Zeit liquidiert worden ist. — Neulich wurde nachts den Land-leuten Dzikowski und Wardogowski in Wrocno sämtliches Geflügel gestohlen. Die Beute hatten die Spitzhunden mit einem Fuhrwerk fortgeschafft. Auf dem hiesigen Wochenmarkt hielt die Polizei zwei Frauen aus Forst-hausen (Szafarnia), Kreis Strasburg, an, die geschlachtetes Geflügel, über dessen Herkunft sie keine Auskunft gaben, an einen Händler verkaufen wollten. Im Laufe der Ermittlungen stellte man fest, daß deren Gemänner, nämlich Johann Gieszyński, ein Dieb von Beruf, und Heinrich Koniewicz, beide aus Forsthausen, das Geflügel bei den benannten Landleuten in Wrocno gestohlen hatten. Beide haben sich zur Tat bekannt.

**p. Neustadt (Wejherowo), 18. März.** Auf dem letzten Wochenmarkt kosteten Kartoffeln 2,50, Eier 0,90—1,10, Butter 1,30—1,50, Ferkel 10—15 Zloty das Stück.

Eine Kreistags-sitzung findet im großen Kreis-hausaale am 28. d. M. von 10 Uhr vormittags statt.

**d. Puszig (Pucz), 18. März.** Schon seit längerer Zeit bekreißt hier eine unbekanntes Diebesbande ihr Unwesen, indem sie speziell Geflügel stiehlt. Die Diebe suchen jede Nacht ein anderes Dorf aus, wo sie nur wertvolle Stücke entwenden. In der letzten Nacht wurden zum Schaden des Gutsbesizers Hannemann 24 Stück Tauben und zum Schaden des Besitzers Schornack in Polzin etwa 16 Hühner gestohlen.

Ein schwerer Autounfall ereignete sich unweit der Stadt. Auf der Gelbauer Chaussee fuhr infolge Steuer-befehls das Auto des Händlers F. Jankowski in voller Geschwindigkeit gegen einen Baum und wurde fast völlig zertrümmert. Während der Chauffeur unverletzt blieb, erlitt Jankowski schwere Wunden am ganzen Körper. In bedenklichem Zustande brachte man den Schwerverletzten ins Krankenhaus.

## Der Wortlaut des deutschen Memorandums.

„Klarstellung des deutschen Standpunktes gegenüber irrigen französischen Unterstellungen.“

Berlin, 18. März. Das dem französischen Botschafter in Berlin am 13. März überreichte Memorandum der Reichsregierung zur Abrüstungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Die Deutsche Regierung hat seinerzeit aus dem ihr von dem Herrn Französischen Botschafter am 14. Februar übermittelten Aide-Memoire entnommen, daß die Auffassung der Französischen Regierung über das Abrüstungsproblem zwar noch in wesentlichen Punkten von dem deutschen Standpunkt abwich, daß die Französische Regierung aber, ebenso wie die Deutsche Regierung, nach wie vor das baldige Zustandekommen einer Abrüstungskonvention anstrebte, und daß sie trotz der hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten den Gedankenaustausch mit der Deutschen Regierung fortzusetzen wünschte. Die Deutsche Regierung hat gleichwohl zunächst von einer Antwort auf das Aide-Memoire abgesehen, weil damals von der königlich Britischen Regierung dankenswerterweise informatorische Besprechungen zur Klärung des Standpunktes der einzelnen Regierungen eingeleitet wurden, und weil es ihr rasch erschien, erst den Verlauf dieser Besprechungen abzuwarten. Sie möchte nunmehr die Antwort auf das Aide-Memoire vom 14. Februar nicht mehr länger hinausschieben. Sie hat den Eindruck gewonnen, daß die Ausführungen der Französischen Regierung in verschiedenen Punkten von Mißverständnissen über die vorangegangenen deutschen Erklärungen beeinflusst worden sind. Es erscheint ihr wichtig, diese

## Briefkasten der Redaktion.

**Erbschaft.** Die Informationen in Ihrem ersten Briefe wichen leider in wichtigen und wesentlichen Punkten von dem tatsächlichen Stand der Dinge ab. Sie schreiben u. a., das Warschauer Urteil hätte entschieden, daß den Gegenstand des Prozesses nur die Hälfte der fraglichen Wirtschaft gebildet hätte, das war, wie sich aus dem nachträglich eingehenden, aber immer noch lüdenhaften Material ergibt, irreführend. Das Wesentliche des Warschauer Urteils war, daß die Ansetzung des Testaments als berechtigt anerkannt wurde. Dadurch wurde das gegenfeitige Testament beseitigt, und es trat die gesetzliche Erbschaft ein, auf Grund deren der überlebende Vertragspartner auf die Hälfte des Nachlasses seiner Frau Anspruch erheben konnte. Aus dem, wie gesagt, recht lüdenhaften Material entnehmen wir wohl mit Recht, daß das Oberste Gericht, nachdem es gewisse Grundsätze für die Behandlung der Prozessfragen aufgestellt hatte, die ganze Sache zur Entscheidung an das Bezirksgericht zurück verwies. Dieses Gericht hat dann den Richtlinien des Obersten Gerichts entsprechend die Entscheidung gefällt. Diese Entscheidung wurde nicht mehr angefochten, da nach dem vorhergegangenen Warschauer Urteil die Erfolgslosigkeit der Ansetzung als feststehend angenommen werden mußte. Das ist wohl der richtige Sachverhalt, den wir aus dem übersandten Material herauslesen. In dem Prozeß stand ein ganzes Bündel prinzipiell wichtiger, aber sehr strittiger Fragen zur Entscheidung. Ob sie alle richtig entschieden wurden, das zu unterzuchen, hat für Sie keinen praktischen Wert. Nach der Stellungnahme des Obersten Gerichts in den entscheidenden Kernfragen halten wir einen Versuch, den ganzen Streit noch einmal durch Eingreifen von Personen, die an dem ersten Prozeß nicht beteiligt waren, aufzurollen, für vollkommen aussichtslos.

**B.** Grundstückseigentümer, die in zwei Gemeinden Grundbesitz haben, zahlen nach den gesetzlichen Bestimmungen Kirchenbeiträge in beiden Gemeinden, und zwar in der Gemeinde, wo sie ihren Wohnsitz haben, drei Viertel und in der anderen Gemeinde ein Viertel.

**„Grün.“** Es kommt darauf an, ob die Unterstellung Ihrer Geräte auf Ihrem Mietsrecht beruht, d. h., ob Sie sich dieses Recht beim Mieten der Wohnung ausbedungen haben, oder ob Ihnen der Hausbesitzer so nebenher nur erlaubt hat, die fraglichen Sachen auf dem Hofe unterzubringen. Im letzteren Falle kann der Miete die Räumung nicht verlangen, im letzteren Falle kann er seine Erlaubnis zurückziehen. Wir können uns den letzteren Fall eigentlich nicht recht denken, da eine Wohnung für Sie doch ungeeignet sein muß, die Ihnen nicht die Möglichkeit bietet, Ihre Geräte ordnungsmäßig unterzubringen. Aber darüber müssen Sie ja selbst am besten Bescheid wissen. Im übrigen können Sie die Zulage, die Sie dem Hauseigentümer auf dessen Verlangen gezahlt haben, sofort einstellen, falls diese, was wahrscheinlich ist, die Grundmiete, d. h. die Miete vom Juni 1914, umgerechnet in Zloty auf der Grundlage von 1 Mark = 1,23 Zloty, übersteigt.

**Albert G.** Eine letztwillige Verfügung (Testament) kann angefochten werden, wenn der Erblasser einen Pflichtteilsberechtigten, dessen Vorhandensein ihm bei der Errichtung des Testaments nicht bekannt war, oder der erst nach der Verfügung geboren oder pflichtteilsberechtigt wurde, übergangen hat. Zur Anfechtung ist derjenige berechtigt, dem die Ausübung der letztwilligen Verfügung unmittelbar zuzutreten kommen würde.

**Z. J.** Die hiesige Krankenkasse zahlte früher Krankengeld auf die Dauer von 30 Wochen; durch das neue Sozialversicherungs-gesetz ist diese Unterstützung auf 26 Wochen beschränkt worden. Das Krankengeld wird vom 4. Tage der Arbeitsunfähigkeit an gezahlt; wenn aber die Arbeitsunfähigkeit später als am dritten Krankentage eintritt, dann erfolgt die Zahlung vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an. Geistige Arbeiter, denen während ihrer Krankheit das gesetzliche Recht auf das volle Gehalt zusteht, haben für diese Zeit keinen Anspruch auf Krankengeld.

Umku,reniatrdq oventatrdq oventatrdqov entatdeggoventiatrdqo

Albert G. Eine letztwillige Verfügung (Testament) kann angefochten werden, wenn der Erblasser einen Pflichtteilsberechtigten, dessen Vorhandensein ihm bei der Errichtung des Testaments nicht bekannt war, oder der erst nach der Verfügung geboren oder pflichtteilsberechtigt wurde, übergangen hat. Zur Anfechtung ist derjenige berechtigt, dem die Ausübung der letztwilligen Verfügung unmittelbar zuzutreten kommen würde.

Z. J. Die hiesige Krankenkasse zahlte früher Krankengeld auf die Dauer von 30 Wochen; durch das neue Sozialversicherungs-gesetz ist diese Unterstützung auf 26 Wochen beschränkt worden. Das Krankengeld wird vom 4. Tage der Arbeitsunfähigkeit an gezahlt; wenn aber die Arbeitsunfähigkeit später als am dritten Krankentage eintritt, dann erfolgt die Zahlung vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an. Geistige Arbeiter, denen während ihrer Krankheit das gesetzliche Recht auf das volle Gehalt zusteht, haben für diese Zeit keinen Anspruch auf Krankengeld.

Umku,reniatrdq oventatrdq oventatrdqov entatdeggoventiatrdqo

## Der Freiherr und die „königliche Kunst.“

Börries von Münchhausen: Ein Leben in Versen.

Die Dichtkunst ist ein großes Fenster, durch das man einen Blick in die Welt gewinnt. Jeder, der es öffnet, steht sie in anderen Farben: dem prangt sie in lichthem Grün und jenem in verdämmendem Rot, der betrachtet sie im ersten Morgenglanze einer aufgehenden Sonne und jener zieht den Vorhang erst beiseite, wenn die Nacht über das Land sich breitet; der hört die Jubelstimmen der Vögel und jener die tiefen Laute aus dem Geheimnis der Erde. Es kommt ganz auf das Auge des Beschauers, ganz auf das Ohr des Laufenden an.

Börries von Münchhausen, der heute Sechzigjährige, sagt in seinem „Geistesflug“: „Von Hörnern des Mondes hängt die Schaukel, darauf ich laufend den Raum durchschneide. Die Schaukelseile mähen wie weiße gebogene Seisen reißend die Schwaden Unendlichkeit.“

Diese Unendlichkeit über der Welt, diese Ewigkeit der Sterne haben schon manchen zum Dichter gemacht, den das Rätsel des Lebens zwischen Himmel und Hölle warf. Versunkene Welten leuchteten auf. Die Sehnsucht, sich selbst hinzuschleusen, sich selbst verständlich zu machen, fand ihren schönsten Ausdruck in dunkelglühenden Balladen.

Börries, Freiherr von Münchhausen, gilt als der Wiedererwecker der „königlichen Kunst“, und ist doch mehr, Uhländ, Bürger, Meyer arbeiten mit einfachen Mitteln, schaffen Menschen, die es nicht mehr gibt und niemals vielleicht gegeben hat. Der dichtende Freiherr, der im „Selbstbildnis“ 1918 den Versuch einer Begriffsbestimmung der Ballade macht und damit sein eigenes Schaffensgebiet festlegt und umreißt, erklärt: „So sind die Menschen doch nicht! Das ist doch zu eintönig, zu unendlich! Zu endlich das Letzte: Man will sich selbst geben, seine eigene Weltanschauung.“

Das ist Münchhausen, der Freiherr, der sich einer ganzen Welt verschenkt, dessen Leben aus tönenden Versen aufgebaut ist, der von der „Weltanschauungsballade“ träumte und dann doch immer mehr in die stolze Abgeschlossenheit des Adligen zurückfiel. Das dunkle Wesen der Ballade zog ihn an und ließ ihn auch dann nicht los, als er lichtere Dinge schrieb, versonnener, jene reine Lyrik, die ins Zeitlose mündet mit Versen wie die „Über ein Grab hin“ gesprochenen:

„Je länger du dort bist,  
Um so mehr bist du hier,  
Je weiter du fort bist,  
Um so näher bei mir.  
Du wirst mir notwendig,  
Als das tägliche Brot ist.  
Du wirst lebendiger,  
Je länger du tot bist.“

1911 und 1916 erschienen „Herz in Harnisch“ und „Standard“, in denen Totenlieder von ewigem Klang stehen. Neben dem oben wiedergegebenen z. B. „Der dunkle Falter“, „Tote Richter“, aber auch das Lied „Der goldene Ball“ und andere lyrische Kostbarkeiten. Von der reinen, durchdringenden süßen und schmerzenden Lyrik kommt er zum sanfteren, verträumten Idyll. Das „Schloß in Wiesen“ spiegelt wie die Sonne in seinen Fenstern die Sehnsucht wieder, die den Freiherrn nach der stillen, adligen Welt seines Wiesenhofes Windischleuba zieht.

Die Nachkriegszeit droht, auch sein Leben umzustülpen und die Welt zu vernichten, in der er lebt. Da erkennt er, daß der Abel des Geistes und des Herzens über dem der Geburt steht und sagt es auch in seinen Gedichten, die ja die reinste Spiegelung seines Lebens sind, aus:

„Der Beste wird immer ein Bester sein,  
Auch wenn sich die Zeiten erneuen,

Und nur wer selber kein echter Stein,  
Hat die Feuerprobe zu scheuen!“

Und er „erkennt“ sich aus seinem tiefsten Wesen heraus und schreibt liebhaft Gesänge, die den ersteren und seelen-volleren Balladen in Form und Empfindung gleichen. Das eigentliche Verdienst des Sechzigjährigen aber ist und bleibt die Wiedererweckung der Ballade und ihre Vervollkommnung. Sein Geburtsort ist Hildesheim. Der der neuen Ballade aber Göttingen, wo der Freiherr junge Studenten und Edelleute um sich versammelte, eine „Akademie“ gründete, die Börries von Münchhausen zu ihrem „Präsidenten“ machte und ihre Aufgabe in der Pflege der Ballade als der „königlichen Kunst“ des Dichters sah. Graf Arno Hardenberg, Carl von Arnswaldt, Freiherr Enelbert von Keferink, Carl Münchberg und Bernhard Wiemann gehören zu diesem Kreis, der sich später erweiterte und auch Carl Bulcke, Ludwig Finckh und Agnes Miegel wie Luise von Strauß und Torney aufnahm.

Jeder ist seinen eigenen Weg gegangen. In Münchhausen Balladen aber lebt die alte Welt und es ist die Welt, aus der er kam. Ritter und Knappen, Fagen und Zigeuner, alte Haubeggen und Landsknechte, Würfelbrüder und Trommelschläger treiben ihr Wesen in jenen Bezirken, in denen seine Ahnen daheim waren.

Stolz auf die Heimat und Freude an der eigenen Scholle klingen aus seinen helleren Versen, und wenn er schreibt, daß er „im Schriftsteller-Café den Wert seines Elternhauses“ und auf einer engen Großstadtstraße „den Wert des heimlichen Dorfweges“ entdeckt hat, verweist man die überströmende Seligkeit seiner Verse, aus denen er ein Leben baute.

Er hat sein Ziel erreicht und sich der Welt geöffnet. Das große Fenster, das von der Dichtkunst ins Leben hinausführt, zeigt einen schönen, lebendigen Ausblick: Das Werk des Freiherrn Börries von Münchhausen.

nalen Zusammenarbeit möglicherweise Momente ergeben, die eine Anpassung des Vertrags an diese Form als notwendig oder als erwünscht erscheinen lassen könnten. Es würde sich dabei aber nach Ansicht der Deutschen Regierung stets nur um juristisch-technische Modifikationen, nicht dagegen um Modifikationen des politischen Gehalts der Vertragsbestimmungen von Locarno handeln.

In diesem Zusammenhang möchte die Deutsche Regierung darauf hinweisen, daß, wenn das Abrüstungsproblem geregelt ist, auch der Zeitpunkt gekommen sein wird, mit den anderen Mächten die Frage des künftigen Verhältnisses Deutschlands zum Völkerbund zu erörtern.

2. Das Französische Aide-Mémoire vom 14. Februar betont, daß die Vorschläge der Deutschen Regierung von einer „irrigen Feststellung“ ausgingen, der Feststellung nämlich, daß eine

### wirklich einschneidende Abrüstung

zur Zeit nicht erreichbar sei. Demgegenüber möchte die Deutsche Regierung nochmals hervorheben, daß ihr selbstverständlich nichts erwünschter sein kann, als daß in der Abrüstungskonvention möglichst weitgehende Abrüstungsbeschränkungen festgesetzt werden. Sie hat in ihrem Memorandum vom 19. Januar in dieser Beziehung lediglich feststellen zu müssen geglaubt, daß die hochgerüsteten Staaten in ihren bis jetzt vorliegenden Erklärungen keine Abrüstungsmaßnahmen angenommen haben, die einschneidend genug wären, um den Ausgangspunkt der deutschen Vorschläge zu ändern. Insbesondere hat die Französische Regierung weder in ihrem Aide-Mémoire vom 1. Januar noch in dem Aide-Mémoire vom 14. Februar Abrüstungsmaßnahmen in Aussicht gestellt, die so bewertet werden könnten, daß damit die Frage des künftigen deutschen Rüstungsstandes im Sinne der Fünfmächterklärung vom 11. Dezember 1932 als von selbst erledigt anzusehen wäre. Im übrigen dürfte es jetzt weniger darauf ankommen, wie hoch oder wie niedrig die von den einzelnen hochgerüsteten Staaten angebotenen Abrüstungsmaßnahmen ideell zu bewerten sind, als vielmehr darauf, sich in einer Konvention über die tatsächlichen Folgen zu verständigen, die aus der gegebenen Sachlage zu ziehen sind.

3. Auch in der

### Kontrollfrage

scheint die Kritik, die die Französische Regierung an den Ausführungen des deutschen Memorandums vom 10. Januar übt, der Hauptsache nach auf einem Mißverständnis zu beruhen. Die Deutsche Regierung hat für die Einführung der internationalen Kontrolle keine andere als die selbstverständliche Bedingung gestellt,

daß sich diese Kontrolle für alle Länder völlig paritätisch auswirkt.

Sobald man sich über die materiellen Bestimmungen der Konvention, d. h. über die vertragliche Festsetzung des künftigen Rüstungsstandes der einzelnen Länder geeinigt hat, erledigt sich die Frage der Auswirkung der Kontrolle von selbst. Es bleiben alsdann nur noch die technischen Einzelheiten der Kontrolle zu behandeln, deren Regelung keinerlei Schwierigkeiten verursachen und deren Erörterung daher besser auf ein besseres Stadium der Verhandlungen zu verschieben sein dürfte. Für den Augenblick sollte es genügen, festzustellen, daß die Deutsche Regierung durchaus damit einverstanden ist, wenn die Kontrolle möglichst wirksam gestaltet wird, und wenn sie gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Konvention zu funktionieren beginnt.

4. Mit der Kontrollfrage hängt ein anderer Punkt zusammen, den die Französische Regierung nach den Ausführungen ihres Aide-Mémoire vom 14. Februar besonders in den Vordergrund stellen zu wollen scheint. Das ist die Frage der Beurteilung der in Deutschland bestehenden

### politischen Organisationen.

Die Deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt, daß diesen Organisationen kein militärischer Charakter beigemessen werden kann. Die Französische Regierung glaubt eine andere Auffassung vertreten zu sollen. Das ist eine Meinungsverschiedenheit über eine reine Tatsache.

Kann es für die Bereinigung einer solchen Meinungsverschiedenheit einen besseren und natürlicheren Weg geben als die Anwendung des in Aussicht genommenen Kontrollverfahrens auf derartige politische Organisationen in allen Ländern, wie sie von der Deutschen Regierung ausdrücklich angenommen worden ist? Die Französische Regierung glaubt hiergegen einwenden zu können, daß auf diese Weise die Entscheidung eines wichtigen Punktes auf die Zeit nach dem Inkrafttreten der Konvention verschoben werden würde, und daß es bei der ersten Anwendung der Kontrolle zu ernstlichen Mißverständnissen kommen müsse. Dieser Einwand ist schon deshalb gegenstandslos, weil nach Ansicht der Deutschen Regierung schon vor Unterzeichnung der Konvention Klarheit darüber geschaffen werden muß, was unter dem militärischen Charakter von Verbänden außerhalb des Heeres zu verstehen ist.

Die Deutsche Regierung würde durchaus mit einer vertraglichen Festlegung konkreter für alle Länder geltender Verbote einverstanden sein, die sicherstellen, daß Verbände außerhalb des Heeres keine militärischen Waffen und keine militärische Ausbildung erhalten, und daß sie auch sonst in keiner organisatorischen Beziehung zur Wehrmacht stehen.

Außerdem kann aber die Französische Regierung davon überzeugt sein, daß sich Deutschland seinerseits niemals dem Risiko aussetzen wird, nach Inkrafttreten der Konvention den begründeten Vorwurf ihrer Verletzung auf sich zu ziehen. Es versteht sich von selbst, und die Französische Regierung wird nicht bestreiten wollen, daß die Deutsche Regierung für die Durchführung der von ihr in der Konvention übernommenen Verpflichtungen voll einsteht und daß sie keine Konvention unterzeichnen würde, deren lokale Erfüllung sie nicht gewährleisten zu können glaubt.

Scheidet man die vorstehend erwähnten Mißverständnisse und die damit zusammenhängenden Ausführungen des Aide-Mémoire vom 14. Februar aus, so bleiben als

### Kernpunkte der Meinungsverschiedenheit

zwischen der Deutschen und der Französischen Regierung noch die beiden Fragen, auf die bereits im Schlußteil des deutschen Memorandums vom 19. Januar zusammenfassend hingewiesen wurde: Einmal die Frage gewisser Modalitäten hinsichtlich der Berechnung der Personalstärken und zweitens die Frage des Zeitpunktes der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit Verteidigungswaffen. Zu der

### Frage der Personalstärken

glaubt die Deutsche Regierung aus dem letzten französischen Aide-Mémoire entnehmen zu können, daß die Französische Regierung bereit ist, die im französischen Mutterland stationierten Überseetruppen in die Vergleichung der beiderseitigen Personalstärken einzubeziehen und außerdem für alle Überseetruppen eine vertraglich festzusetzende Höchstzahl anzunehmen. So erwünscht diese Präzisierung des französischen Standpunktes ist, läßt sie doch die Tatsache außer Betracht, daß bei der Vergleichung der Personalstärken billigerweise auch diejenigen Überseetruppen mitberücksichtigt werden müßten, die zwar nicht im Mutterland selbst, aber doch so stationiert sind, daß sie jederzeit un schwer zu militärischer Verwendung in das Mutterland transportiert werden können. Außerdem können hierbei auch die ausgebildeten Reservisten nicht außer Betracht bleiben. Was den

### Zeitpunkt der Ausstattung der künftigen deutschen Armee

mit den notwendigen Verteidigungswaffen anlangt, so hat die Französische Regierung auch im Aide-Mémoire vom 14. Februar keinerlei Grund angegeben, der es rechtfertigen könnte, diesen Zeitpunkt noch um Jahre hinauszuschieben, damit die Diskriminierung Deutschlands zu verlängern und der deutschen Armee während der Periode der Umwandlung der Reichswehr in ein Heer mit kurzer Dienstdauer die volle militärische Verwendungsfähigkeit vorzuenthalten. Die Deutsche Regierung glaubt von einer nochmaligen Begründung ihres Standpunktes in dieser entscheidenden Frage absehen zu können.

Welche Schwierigkeiten mag es bereiten, solchen Kindern den Religionsunterricht in einer Sprache zu erteilen, die für sie fast eine Fremdsprache geworden ist. Die evangelische Gemeinde hat heute 2500 Seelen aufzuweisen. Im Jahre 1914 waren es noch 8000 und 1900 bis 1905 sogar 12 000 Seelen.

Die meisten der Deutschen waren jedoch Reichsdeutsche, die nach Beendigung des Krieges ins Reich zurückgingen. Es gibt in Deutschland eine große Reihe von Kolonien ehemaliger Bialystoker Bürger. Die Besitzungen in Polen gingen in polnische Hände über, die Zahl der Deutschen und ihr Einfluß verringerte sich immer mehr, aber überall noch in und um Bialystok liest man deutsche Namen auf Schildern, oft schon in polonisiertem Form, hört man von deutschen Gründungen, früher deutschen Werken. In der Geschichte der Stadt kehren immer wieder die Namen deutscher Bürger oder ihrer vielleicht schon polonisierten Nachkommen wieder.

Der Mann z. B., der mit so sichtbarem Erfolg die Sache der römisch-katholischen Gemeinde vertrat und den „Anbau“ der alten Kirche\*) durchsetzte, hieß — Wilhelm Schwarz. In polnischen Werken wird der unerschrockene Kämpfer für seinen Glauben allerdings Schwarz geschrieben, aber seine deutsche Abstammung ist trotzdem unverkennbar.

Unter den von den Bolschewisten erschossenen 16 Bürgern der Stadt befinden sich Namen wie Karl Berent und Richard Knobelsdorf (ein katholischer Priester aus der Umgebung von Bialystok).

In Chorosz, in der Nähe der Stadt, einstmal die Sommerresidenz der Branicis, wurde von dem Deutschen Alfred Moes 1846 eine Tuchfabrik angelegt, die bald die größte ganz Polens war. Moes baute eine deutsche Schule für die Kinder seiner Arbeiter, er baute eine evangelische Kirche. Dieses Kirchlein ist im vergangenen Jahr aus einem etwas mehr als ungewöhnlichen Anlaß in der Welt bekannt geworden. Während eines Gottesdienstes der sehr zusammengekommenen evangelischen Gemeinde erschien ein katholischer Geistlicher im vollen Ornat, weihte die Kirche und erklärte sie von nun an zu einem römisch-katholischen Gotteshaus. Der Fall hat ein solches Aufsehen erregt, daß man darüber nicht zur Tagesordnung übergehen konnte. Die Wojewodschaft griff auf Grund eines Einspruchs der evangelischen Gemeinde ein und sprach ihr das Gotteshaus wieder zu. — Die ehemalige Fabrikgründung von Alfred Moes aber liegt

\*) Siehe Nr. 63 der „Deutschen Rundschau“.

Wer von den

## Post-Abonnenten

die „Deutsche Rundschau“ für den Monat April resp. für das 2. Quartal 1934 noch nicht bestellt hat, wolle das Abonnement rechtzeitig, möglichst heute noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuern. Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Im übrigen stehen aber die Deutsche Regierung und die Französische Regierung vor der Tatsache, daß die Königlich Italienische Regierung und die Königlich Britische Regierung vor mehreren Wochen mit ihren bedeutenden Vorschlägen für die

### Gestaltung der Abrüstungskonvention

hervorgetreten sind. Die Vorschläge beider Regierungen bewegen sich weitgehend in der gleichen Richtung und dürften wesentlich zur Klärung der Lage beigetragen haben. Sie sind deshalb von der Deutschen Regierung begrüßt worden. Sicherlich bleiben wichtige Punkte dieser Vorschläge noch zu erörtern. Die Deutsche Regierung glaubt jedoch schon jetzt sagen zu können, daß sie geeignet sind, die Verständigung zwischen ihr und der Französischen Regierung zu erleichtern und zu beschleunigen. Die Diskussion ist jetzt so weit fortgeschritten, daß sich

### zwei Wege

abzeichnen, auf denen man zu einer Lösung gelangen kann. Man kann entweder eine Konvention mit kürzerer Geltungsdauer, etwa von fünf Jahren, wählen, die sich mit der Limitierung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten auf ihren gegenwärtigen Stand begnügt, oder man kann in die Konvention gewisse Abrüstungsmaßnahmen der hochgerüsteten Staaten einbeziehen und ihr dafür eine längere Geltungsdauer verleihen. Die vertragliche Festsetzung des künftigen deutschen Rüstungsstandes würde in beiden Fällen im wesentlichen die gleiche sein müssen, da auch bei einer Regelung der zweiten Art, wie bereits oben hervorgehoben, nicht mit Abrüstungsmaßnahmen gerechnet werden kann, die für die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung von Belang wären.

Daß für Deutschland unter keinen Umständen mehr ein Rüstungsstand, wie er im Versailler Vertrag festgelegt wurde, in Betracht kommen kann, ist eine von allen Seiten längst anerkannte Tatsache.

Von dieser Tatsache gehen nicht nur die letzten Vorschläge der Königlich Britischen Regierung und der Königlich Italienischen Regierung, sondern auch alle Vorschläge aus, die seit dem französischen Plan vom 14. November 1932 auf der Abrüstungskonferenz zur Diskussion gestellt worden sind. Die Deutsche Regierung selbst hat sich in den Vorschlägen, die sie zuletzt für das Rüstungsregime Deutschlands während der Dauer der ersten Abrüstungskonvention gemacht hat, eine so weitgehende Beschränkung anferlegt, daß sie bei dem Minimum dessen angelangt ist, was zur Anbahnung der Sicherheit und zur Verteidigungsmöglichkeit des Landes in diesem Zeitabschnitt erforderlich ist. Sie hat auf alle Angriffsanlagen von vornherein verzichtet und hat stets erklärt, daß sie jede auch noch so weitgehende Rüstungsbeschränkung akzeptieren würde, wenn dies auch seitens der anderen Mächte geschieht. Sie hält auch sonst alle Voraussetzungen einer Verständigung für gegeben und ist der Ansicht, daß es nur noch auf den Entschluß zu dieser Verständigung ankommt.

Winterrfahrt gen Osn.

## Deutschtum in und um Bialystok.

Kleines, aber charakteristisches Erlebnis auf dem Wege, sich über das Deutschtum in und um Bialystok zu informieren:

Wir suchen die evangelische Kirche und finden endlich den großen Bau. Durch eine Pforte treten wir in den Vorhof, und eine Schar junger Mädchen im Alter von 11 bis 13 Jahren kommt uns entgegen, die Schulmappen unter dem Arm. Offensichtlich kommen die Mädchen vom Konfirmanden-Unterricht oder aus der Schule. Wir sprechen zwei von ihnen in deutscher Sprache an und bitten um eine Auskunft. Die Mädchen sehen erst uns, dann sich an, lächeln verschämt und schließlich sagt eine auf polnisch, daß sie deutsch nicht versteht. Wir wiederholen unsere Bitte in polnischer Sprache, erhalten Antwort und kommen mit den Mädchen ins Gespräch. Neugierig, wie man auf einer Reise, bei der man materielles und seelisches Neuland erschließen will, fangen wir an, darauslos zu fragen.

Wir geben unserer Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Mädchen nicht die deutsche Sprache verstehen, sie können doch wohl vom deutsch-evangelischen Religionsunterricht.

„Nein, aus der Schule“, ist die Antwort.

„Aber ihr seid evangelisch?“

Die Frage wird bejaht; wir hören von den beiden Pastoren, die in Bialystok tätig sind, wir hören vom Unterricht.

„Den Religionsunterricht habt ihr sicher in deutscher Sprache, da müßt ihr doch deutsch sprechen.“

Und es stellt sich heraus, daß die beiden Mädchen deutscher Abstammung sind, daß sie deutsch recht gut verstehen, aber daß sie sich schämen, deutsch zu sprechen. Die Aussprache ist ungewohnlich hart und weist ausgesprochen polnischen Akzent auf.

Wir sind unterdessen zum Gebrauch der deutschen Sprache übergegangen. Das eine Mädchen erzählt, daß im vergangenen Sommer ihre Großmutter aus Deutschland in Bialystok gewesen sei und daß diese mit ihr und seinen Geschwistern ausschließlich deutsch gesprochen habe. Da hätten, so erzählt die Kleine weiter, die Kinder schon gut die Sprache beherrscht. Jetzt seien sie wieder ganz aus der Übung gekommen...

„Aber beten könnt ihr doch deutsch?“

„Natürlich, gebetet wird deutsch.“

heute ganz darnieder. Die früher größten Tuchwerke Polens sind jetzt — die größte Irrenanstalt Polens.

In Suprasl, einer anderen Ortschaft in der Nähe von Bialystok, hat 1833 ein Wilhelm Sachert (Zachert) eine Tuchfabrik gegründet und viele Deutsche ins Land geholt; ebenso hat Michalowo eine hundertjährige deutsche Industrie-Gründung aufzuweisen. Eine evangelische Kirche, die von Bialystok aus versorgt wird, ist vorhanden. Die evangelische Gemeinde zählt 2—3000 Seelen.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß im 16. Jahrhundert der Fürst Janusz Radziwill in Zabudoto bei Bialystok eine kalvinistische Gemeinde schuf, der auch eine kalvinistische Schule zur Verfügung stand. Die katholische Gemeinde erhielt erst 1839 eine eigene Kirche; erstliche Jahrzehnte hindurch hielt sie ihre Gottesdienste in der kalvinistischen ab.

Um zu Bialystok selbst zurückzuführen, sei erwähnt, daß es dort vor dem Kriege ein deutsches Privatgymnasium gab und bei der evangelischen Kirche eine deutsche Volksschule. Diese Schule ist heute eine der Gemeindefschulen und wird aus Staatsmitteln unterhalten. Die Unterrichtssprache ist polnisch. Die Kinder der deutsch-evangelischen Eltern erhalten von der dritten Klasse an zweimal wöchentlich deutschen Unterricht... Das Ergebnis haben wir praktisch kennen lernen dürfen. Und es gibt immerhin 300 solcher Kinder in Bialystok. Sollte sich da keine deutsche Schule gründen lassen?

Die evangelisch-kirchlichen Vereine entfalten ein erfreulich reges Leben. Der Weihnachtsbazar, eine traditionelle Veranstaltung, rechnet zu den bestbesuchten Festen, bei denen sich alle Konfessionen begegnen und die stets ein nettes Sümchen für die Armen abwerfen. Auch der Jugendverein, der eine eigene Turnriege hat, ist reger und zählt 80 Mitglieder. Der vor dem Kriege bestehende Meisterverein existiert heute nicht mehr.

Deutschtum auf vorgeschobenem östlichen Posten. Der Unternehmungsgeist und die Beharrlichkeit der Väter und Großväter steckt ihm noch im Blute. Um die Jugend muß man bangen; die Unkenntnis der Sprache der Väter läßt die Brücke zum geistigen Schaffen des Stammvolkes nicht schlagen, unterbricht die Kanäle, aus der die seelische Nahrung quillt, die allein einen Volkstumsplitter erhalten kann.

Für die Jugend muß etwas getan werden.

(Fortsetzung folgt.)

# Wirtschaftliche Rundschau.

## Deutsche Volksbank Bydgoszcz im Jahre 1933.

Am 17. März 1934 fand die diesjährige 14. ordentliche Generalversammlung der Deutschen Volksbank, Bf. Sp. z o. o., Bydgoszcz, unter zahlreicher Beteiligung der Genossen statt.

Nach begrüßenden Worten des Aufsichtsratsvorsitzenden erstattete der Vorstand den Bericht für das verlossene Geschäftsjahr, das einen Gewinn von 96.551,74 Zloty ergab. Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung erscheint im Anzeigenteil unserer heutigen Nummer. Die Genehmigung der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung, sowie die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat erfolgte einstimmig. Der Reingewinn wurde den Reserven überwiesen.

Aus dem Aufsichtsrat schieden auf eigenen Wunsch aus die Herren Hof und von Winkleben, ferner Herr Thöl, der inzwischen in den Vorstand gewählt worden ist. Aus den Neuwahlen gingen hervor die Herren Kaufmann Waldemar Kreckl, Buchdruckmeister Fritz Lach, Bromberg, und Landwirt Willy Mies, Dziedzic, während die turnusmäßig auscheidenden Mitglieder wiedergewählt wurden.

## Deutschlands Außenverschuldung.

Die deutsche Außenverschuldung betrug nach der Erhebung der Anmeldestelle für Auslandschulden am 30. September 1933: Langfristige Schulden (fällig nach dem 30. 9. 1934) 7436 Mill. RM., kurzfristige Schulden (fällig bis 30. September 1934) 7405 Mill. RM., zusammen 14.841 Mill. RM. Rechnet man die sonstigen Auslandsanlagen in Deutschland (Wertpapiere, Beteiligungen und Grundstücke) sowie die nicht erfaßten Kleinkredite, die zusammen auf etwa 4,3 Milliarden RM. geschätzt werden können, zu den erfaßten Krediten hinzu und zieht den deutschen Besitz an deutschen Auslandsanleihen in Höhe von 0,5 Milliarden RM. ab, so ergibt sich am 30. September 1933 eine Gesamtsumme der ausländischen Kapitalanlagen in Deutschland von rund 18,5 Milliarden RM.

Bei der Veränderung der deutschen Außenverschuldung seit Ende Februar 1933 ist nach Berechnung von „Wirtschaft und Statistik“ zu unterscheiden zwischen den Rückgängen, die lediglich aus der eingetretenen Entwertung des Dollars und einer weiteren Entwertung des englischen Pfundes entstanden sind, und den Veränderungen, die die deutsche Außenverschuldung unabhängig von den Währungsschwankungen erfahren hat. Die wirklichen Gewinne aus der Währungsentwertung sind nicht festzustellen, da nicht bekannt ist, zu welchen Valutakursen die Rückzahlungen erfolgt sind. Rechnet man die Verschuldung jeweils zum Kurse des Erhebungsstermins um, so haben sich die von der Anmeldestelle für Auslandschulden ermittelten Kredite vom 28. Februar bis zum 30. September 1933 von 18.967 Mill. RM. auf 14.841 Mill. RM. oder um mehr als 30 Prozent vermindert. Nimmt man für beide Erhebungsstermine die Tageskurse vom 28. Februar 1933, so hat die deutsche Außenverschuldung nur von 18.967 Mill. RM. auf 18.014 Mill. RM. oder um 953 Mill. RM. abgenommen. Diese Summe entspricht aber nicht den von den Schuldnern zum Ankauf von Devisen aufgewendeten Reichsmarkbeträgen, und zwar aus zwei Gründen: erstens, weil, wie erwähnt, die Schulden zu geringeren Valutakursen zurückgezahlt sind, zweitens, weil ein Teil dieser Differenz auf statistischen Änderungen beruht. Die Tilgungsverpflichtungen aus der deutschen Außenverschuldung betragen für das Jahr 1934 349 Millionen RM.

## Die polnischen Handelskammern und die Tschechenkrone.

Der Außenhandels- und der Finanzausschuß der Warschauer Handelskammer berieten kürzlich über die Frage der Entwertung der Tschechenkrone. Im Ergebnis der Diskussion nahmen sie folgende Entschlüsse an:

Die vereinigten Kommissionen weisen den Handelskammerpräsidenten auf die Währungsanordnungen der Tschechoslowakischen Regierung hin, die nach den Erklärungen von autoritativer tschechischer Seite bewußte Maßnahmen zur Verringerung der tschechischen Handelsbilanz auf Kosten ihrer Vertragspartner darstellen. Diese Art einseitiger Verfügungen muß sich auch auf die Handelsbeziehungen der Tschechoslowakei mit Polen auswirken. Im Zusammenhang damit verlangen die Ausschüsse die Durchführung einer Enquete zur Feststellung der voraussichtlichen polnischen Exportverluste nach der Tschechoslowakei. Ein ähnliches Vorgehen beabsichtigt der Zentralverband der polnischen Industrie. Er hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben verfaßt, in welchem er ebenfalls zur Sammlung von entsprechendem Material bezüglich der Verschiebungen des Außenhandelsverkehrs mit der Tschechoslowakei zugunsten des letzteren Staates auffordert.

**Starke Zunahme der Hopfenanbaufläche.** Von allen europäischen Ländern hatte Polen den größten Zuwachs an Hopfenanbaufläche im vergangenen Jahre aufzuweisen, und zwar stieg diese von 1973 Hektar im Jahre 1932 auf 4000 Hektar im Jahre 1933. Die Gesamtanbaufläche in Europa hat von 30.000 Hektar im Jahre 1932 auf 35.000 Hektar im Jahre 1933 zugenommen. In allen übrigen Ländern ist die Zunahme der Anbaufläche nicht so stark gewesen wie in Polen.

## Firmenachrichten.

v. **Mewe (Gniew).** Zwangsversteigerung des in Mewe besetzten und im Grundbuch Mewe, Band 1, Blatt 29, auf den Namen des Fleischermeisters Leon Wajerski eingetragenen Grundstücks am 24. April 1934, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 4.

v. **Mewe (Gniew).** Zwangsversteigerung des in Mewe besetzten und im Grundbuch Mewe, Band XIX, Blatt 602, Band XIV, Blatt 483, Band XX, Blatt 620 und Band XIII, Blatt 463, auf den Namen des Wagners Kuznietzki in Mewe eingetragenen Grundstücks am 27. April 1934, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 4.

v. **Grudzyn (Grudzyn).** In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen des Kaufmanns Jerzy Julian Chruscinski in Grudzyn Termin am 9. Mai 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 2.

**Grudzyn (Grudzyn).** Zwangsversteigerung des Grundstücks in Grudzyn, Courbierestraße (Kosciuszki) 36, Grundbuch Band 46, Blatt 1444, Flächeninhalt 5 Ar und 11 Quadratmeter. Anb. Alexander Leonard Sobieszewski, am 30. Mai 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer Nr. 2.

**Lubawa (Lubawa).** Zwangsversteigerung des bebauten Landgrundstücks in Lubawa, Band I, Blatt 25, Flächeninhalt 15,03,40 Hektar, Inhaber Anton Eugiewicz, am 2. Mai 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 22.

**Lubawa (Lubawa).** Zwangsversteigerung des bebauten Landgrundstücks in Lubawa, Band V, Blatt 133, Flächeninhalt 34,21,40 Hektar, Inhaber Wladimir Nowakowski, am 30. Mai 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 22.

v. **Berent (Koscierzyna).** Zwangsversteigerung des in Berent, Hynel 14, besetzten und im Grundbuch Berent, Band IX, Blatt 208, auf den Namen der Stefania Szczepkowska in Berent eingetragenen Grundstücks (Wohnhaus mit 2 Gärten am Markt), am 10. April 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 24.

v. **Gdingen (Gdynia).** Zwangsversteigerung des in Gdingen (Gdynia) besetzten und im Grundbuch Gdynia, Blatt 136, auf den Namen des Michal Augustyn Rzepa in Gdingen eingetragenen Grundstücks von 8,27,46 Hektar (mit Wohnhaus und Wirtschaftsgebäuden) am 12. Mai 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 33.

v. **Neustadt (Wejherowo).** Zwangsversteigerung des in Neustadt besetzten und im Grundbuch Neustadt auf den Namen der Franciszka Pledtke in Neustadt eingetragenen Grundstücks von 14,10,31 Hektar (mit Gebäuden), am 12. Mai 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 8.

# Deutschland wird zur Autarkie gezwungen.

Die sinnlose Schuldenpolitik. — Der Alp auf der internationalen Wirtschaft.

Auf dem Jahresbericht der amerikanischen Handelskammer in Deutschland hielt Freitag abend Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine sehr bemerkenswerte Rede über das Auslandschuldensproblem.

Er wies dabei auf die außergewöhnlich schwierige Devisenlage der Reichsbank hin, die zu neuen Abmachungen zwischen dem Schuldnerstaat und den Privatgläubigern führen müsse. Er stellt eine weitere Drosselung der Devisenzuteilung für Einfuhrzwecke in Aussicht, was für die Weltwirtschaft von schwerwiegenden Folgen sein müsse. Deutschland würde durch die sinnlose Schuldenpolitik in die Autarkie hineingetrieben. Deutschland hätte keinen lebhafteren Wunsch, als einen internationalen Handel zu treiben, der Deutschland und der Weltwirtschaft zugute kommt. Deutschland könnte zurzeit aber keine Produkte in der Welt mehr kaufen, weil man es gezwungen hat, Tribute zu zahlen, die es nicht aufbringen konnte, und Schulden zu zahlen, für die Deutschland niemals einen Gegenwert bekommen habe. Um die Gesundung der Welt herbeizuführen, sei es notwendig, daß zunächst jedes Land in sich selbst versuche, die größtmögliche Belegung seiner inneren Produktionskräfte herbeizuführen. Die weitere große Aufgabe, den Weltmarkt wieder in Gang zu bringen, lege die Vereinigung der zwischenstaatlichen Verschuldung voraus.

Dr. Schacht führte dann u. a. aus:

Wir haben in der Welt aber keine freie Wirtschaftsentwicklung, weil die Politik ständig die Wirtschaft unter Druck hält. Das ganze Konglomerat von politischen und aus dem politischen Druck herrührenden Schuldenverpflichtungen lastet als dauernder Alp auf der internationalen Wirtschaft.

Vor zehn Jahren hat der Dawesplan klar ausgesprochen, daß internationale Schulden nur mit Waren und Dienstleistungen abgegolten werden können. Vor zehn Jahren hat der Dawesplan ausgesprochen, daß internationale Kreditoperationen die Abtragung von Schulden wohl zeitweilig verschleiern können, aber sie nicht endgültig ermöglichen. Während man die erste Tatsache, daß Schulden nur mit Waren bezahlt werden können, langsam anzuerkennen beginnt, fehlt für die zweite Tatsache noch immer das richtige Verständnis, und es gibt immer noch Theoretiker, die glauben, daß die politischen Schulden aus dem Versailles Diktat und seinen Nebenabmachungen einmal voll bezahlt werden können. Diese Schulden können nur voll bezahlt werden, wenn die erste Erkenntnis des Dawesplanes in die Praxis übergeführt wird, wonach der Gläubiger bereit sein muß, Waren des Schuldners in Zahlung zu nehmen. Bis jetzt hat sich herausgestellt, daß der Gläubiger hierzu nicht bereit ist.

Der Gläubiger macht demnach die Bezahlung seiner Forderung unmöglich.

Die zweite These des Dawesplanes, daß man mit Anleihen eine Zahlungsfähigkeit nur vorläufig, hat an den deutschen kommerziellen Schulden ihre Richtigkeit erweisen. In dem bekannten Lantons-Bericht von 1931 können Sie nachlesen, daß 10,3 Milliarden Reichsmark aus den kommerziellen Anleihen niemals in die deutsche Volkswirtschaft hineingelangt, sondern direkt zu Reparationszwecken verwendet sind. Diese 10,3 Milliarden Schulden aber bestehen nun in kommerzieller Form weiter. Wenn man zu ihnen noch die Zinsen hinzuzählt, und wenn man weiter beachtet, daß unsere Auslandsschuld heute nach den ungeheuren Rückzahlungen, die wir geleistet haben, nur noch 15 Milliarden Reichsmark beträgt, so sieht man, daß der gesamte heute noch bestehende deutsche Auslandsschuldenbetrag genau seinem politischen Ursprung entspricht.

## Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Volk“ für den 19. März auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polki beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

Der **Zloty** am 17. März. Danzig: Ueberweisung 57,80 bis 57,92, bar 57,82-57,93, Berlin: Ueberweisung gr. Scheine 47,025 bis 47,425, Prag: Ueberweisung 455,00, bar 461,00, Wien: Ueberweisung 79,10, Paris: Ueberweisung —, Zürich: Ueberweisung 58,32%, Mailand: Ueberweisung —, London: Ueberweisung 27,06.

**Warschauer Börse vom 17. März.** Umfaß, Verkauf — Kauf. Belgien 123,80, 124,11 — 123,49, Belgrad —, Budapest —, Butareff —, Danzig —, Helsinki —, Spanien —, Holland 357,60, 358,50 — 356,70, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 27,05 — 27,18, Newyork 5,31 1/2, 5,34 — 5,28 1/2, Oslo —, Paris 34,94 1/2, 35,03 — 34,86, Prag 22,04, 22,09 — 21,99, Riga —, Sofia —, Stockholm 139,55, 140,25 — 138,85, Schweiz 171,48, 171,91 — 171,05, Tallin —, Wien —, Italien 45,57, 45,69 — 45,45.

**Berlin, 17. März.** Amtl. Devisenkurs. Newyork 2,511-2,517, London 12,765-12,795, Holland 168,98-169,32, Norwegen 64,14 bis 64,26, Schweden 65,83-65,97, Belgien 58,47-58,59, Italien 21,51 bis 21,55, Frankreich 16,50-16,54, Schweiz 80,87-81,03, Prag 10,38 bis 10,40, Wien 47,20-47,30, Danzig 81,64-81,80, Warschau 47,225-47,425.

**Die Bank Polki** zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,28 Zl., do. kleine 5,27 Zl., Kanada 5,25 Zl., 1 Pf. Sterling 26,90 Zl., 100 Schweizer Franken 170,97 Zl., 100 franz. Franken 34,84 1/2 Zl., 100 deutsche Mark 209,20 Zl., Goldmark 212,34 Zl., 100 Danziger Gulden 172,34 Zl., 100 tschech. Kronen 21,10 Zl., 100 österr. Schillinge 96,50 Zl., holländischer Gulden 356,55 Zl., Belgisch Belgas 123,44 Zl., ital. Lire 45,42 Zl.

## Altienmarkt.

**Polscher Börse vom 17. März.** Es notierten: 5proz. Staatliche Konvert.-Anleihe 59 G., 4 1/2proz. Dollarbriefe der Polscher Landwirtschaft (1 Dollar = 5,80 1/2) 52 +, 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie B) 51,50-52 +, 3proz. Bauanleihe (Serie I) 42,50 G. Tendenz ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, \* = ohne Umfaß.)

## Produktenmarkt.

**Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 19. März.** Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:	
Roggen	135 to 14,75
Weizen	— to —
Mahlerste	— to —
Roggenkleie	10 to 10,00
Roggenm. 65%	— to —
Weizenm. 65%	— to —

Richtpreise:	
Roggen	14,50-14,75
Weizen	17,25-17,60
Braugerste	14,50-15,50
Mahlerste	13,75-14,00
Safer	11,50-12,00
Futterhafer	—
Roggenm. I A 0-55%	21,50-23,00
" " " " " " " "	21,00-22,00
" " " " " " " "	17,50-19,00
Roggen-Idrotm. 0-95%	17,50-18,50
Roggen-nachmehlunt. 70%	13,50-15,50
Weizenm. I A 0-20%	33,50-35,50
" " " " " " " "	30,50-33,00
" " " " " " " "	29,00-31,00
" " " " " " " "	27,50-30,50
" " " " " " " "	25,50-27,50
" " " " " " " "	19,00-21,00
Weizen-Idrotmehl 0-95%	—
Roggenkleie	10,00-10,50
Weizenkleie, fein	10,50-11,00
Weizenkleie, grob	11,50-12,00
Winterraps	42,00-44,00

während Deutschland alle die kommerziellen Schulden, die nicht für Reparationen, sondern für die deutsche Wirtschaft verwandt worden sind, reiflos zurückzahlt hat.

Das ist eine Leistung, die bei irgendeinem anderen Lande der Welt zu konstatieren schwierig sein dürfte, die uns aber zu der Forderung einer neuen Erörterung dieser noch bleibenden Schulden berechtigt. Es müsse der Versuch gemacht werden, zwischen den Schuldnerstaaten und den Privatgläubigern zu einer Abmachung zu kommen. Was Deutschland anbelangt, so drängt sich hierzu die Notwendigkeit gebietend auf.

Dr. Schacht erwähnte die schwierige Devisenlage des Reiches und erinnerte an die nach seinem Wiedereintritt in das Amt des Reichsbankpräsidenten erfolgten Maßnahmen, so an die Rückzahlung des geliehenen Goldes, an das Transfergesetz, an die Festsetzung der Transferquote, die von den ausländischen Gläubigervertretern so scharf angegriffen worden sei und die trotzdem seit dem 31. Dezember v. J. bis heute zu einem Gold- und Devisenverlust von 122 Millionen Mark geführt habe, so daß die Deckung sich heute nur noch auf 274 Millionen belaufe. In der letzten Woche allein hätten wir 45 Millionen Mark Gold und Devisen eingebüßt. Unsere Gold- und Devisendecke betrage heute 8 v. H.

Diese Entwicklung nötigt uns nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Wirtschaft zu neuen Maßnahmen.

Eine weitere Kürzung der Devisenzuteilung für die Einfuhr wird die unmittelbare Folge sein müssen. Ich kann mir aber auch denken, daß es notwendig sein wird, die Einfuhr von Rohstoffen unmittelbar zu beschränken.

Damit ist die Frage der Belegung oder Nichtbelegung des Weltmarktes wieder aufgerollt. Denn ob man Deutschland mit Sympathie oder Antipathie gegenübersteht, ist völlig gleichgültig gegenüber der Tatsache, daß der Ausfall von 66 Millionen hochwertiger Verbraucher für die Weltwirtschaft ein Unglück bedeutet. Man spricht immer davon, daß Deutschland sich Autarkiebestrebungen zuwenden. Aber die geschädigten Verhältnisse rechtfertigen es, wenn ich erkläre, daß nicht Deutschland sich der Autarkie zuwenden, sondern

## Daß die sinnlose Schuldenpolitik Deutschland in die Autarkie hineinzwingt.

Wir haben keinen lebhafteren Wunsch, als internationalen Handel zu treiben. Wir können aber zurzeit keine Erzeugnisse in der Welt mehr kaufen, weil man uns gezwungen hat, Tribute zu zahlen, die wir nicht aufbringen konnten, Schulden zu zahlen, für die wir niemals einen Gegenwert bekommen haben.

Zum Schluß wies Dr. Schacht darauf hin, daß er einen einzigen Mann in der Welt sehe, der den Kern des internationalen Problems richtig erfasse, das sei Präsident Roosevelt. Er versuche zwar, dem Problem auf dem unzulänglichen Wege der Währungsentwertung zu beizukommen, er habe aber dennoch nicht vergessen, daß die Wiederbelegung des internationalen Rohstoffmarktes der Ausgangspunkt jeder wirtschaftlichen Gesundung der Welt sei. Jedes Land müsse zunächst bei sich die Belegung versuchen, um dann gemeinsam den Weltmarkt in Gang zu bringen. Ein neuer Ausfall Deutschlands würde aber im Weltmarkt und auf den Rohstoffmärkten wieder empfindliche Verluste zeitigen.

Allgemeine Tendenz: ruhig. Gersten schwächer. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	231 to	Fabrikartoffel	— to	Safer	— to
Weizen	245 to	Speisefartoffel	168 to	Beluchfen	— to
Mahlerste	80 to	blauer Mohr	— to	Raps	— to
Braugerste	— to	weißer Mohr	— to	Rübenjamen	— to
Roggenmehl	69 to	Futtererbsen	— to	Leinfuchen	— to
Weizenmehl	66 to	Aleheu	— to	getr. Zuderrüb.	— to
Vittor.-Erbi.	— to	Schwendeflee	— to	Widen	5 to
Folger-Erbi.	15 to	Weißflee	— to	Trodenschitzl.	— to
Feld-Erbi.	1 1/2 to	Infarnatflee	— to	Balmersb. Erbi.	5 to
Roggenkleie	25 to	Gelbflee	— to	Geblerse	— to
Weizenkleie	— to	Gerktenflee	— to	blaue Lupinen	20 to
Gelbelupinen	20 to	Serabella	— to	Saatartoffeln	180 to
Kartoffelflod.	— to	Timothee	— to	Sonnenblumf.	2 1/2 to

Gesamtangebot 1395 to.

**Amtliche Notierungen der Polener Getreidebörse vom 17. März.** Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:	
Roggen	525 to 14,75
60 to	14,70
60 to	14,65
45 to	14,60
Saathafet	75 to 12,25

**Richtpreise:**

Weizen	17,50-17,75	Ale, gelb	—
Roggen	14,50-14,75	in Schalen	30,00-35,00
Gerste 695-705 kg	14,75-15,25	Wundflee	90,00-110,00
Gerste 675-685 kg	14,25-14,75	Tymothynflee	25,00-30,00
Braugerste	15,25-16,25	Raparas	44,00-50,00
Safer	11,50-11,75	Infarnatflee	80,00-100,00
Saathafet	11,75-12,25	Sent	33,00-35,00
Roggenmehl (65%)	19,50-20,50	Weizen- u. Roggen-Itroh, lose	—
Weizenmehl (65%)	26,25-28,50	Weizen- u. Roggen-Itroh, abreht	—
Weizenkleie	10,75-11,25	Safer- und Gersten-Itroh, lose	—
Weizenkleie (grob)	11,50-12,00	Safer- und Gersten-Itroh, gepreht	—
Roggenkleie	10,00-10,75	Heu, lose	—
Winterraps	46,50-47,50	Heu, gepreht	—
Sommerwide	13,50-14,50	Reheheu, lose	—
Beluchfen	14,50-15,50	Reheheu, gepreht	—
Feldererbsen	17,00-19,00	Kartoffelflod.	14,00-15,00
Vittoriaerbsen	22,00-27,00	blauer Mohr	42,00-48,00
Folgererbsen	20,00-21,00	Reimjamen	53,00-56,00
Speisefartoffeln	3,75-4,25	Leinfuchen	19,00-19,50
Serabella	13,00-14,00	Rapsfuchen	14,50-15,00
blaue Lupinen	7,50-8,25	Sonnenblumenfuchen 46-48%	14,00-15,00
gelbe Lupinen	9,75-10,75	Sojafrot	19,50-20,00
Ale, roh	170,00-200,00		
Ale, weiß	60,00-100,00		
Ale, schwebisch	90,00-120,00		
Ale, gelb	—		
ohne Schalen	30,00-110,00		

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Gersten, Safer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Gesamtangebot: Roggen 1395 to, Weizen 385 to, Gerste 90 to, Safer 77,5 to, Roggenmehl 73 to, Weizenmehl 71,5 to, Rottflee 25 to, Raps 5 to, Vittoriaerbsen 16,5 to, gelbe Lupinen 15 to, blaue Lupinen 30 to, Widen 7,5 to, Serabella 6,5 to, Sämereien 14,2 to, Sonnenblumenfuchen 30 to, Leinfuchen 8 to, Pflanzartoffeln 165 to, Kartoffelflod 15 to, Sirup 5 to.

**Berliner Produktenbericht vom 17. März.** Getreide- und Delfaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 76-77 Kg. fr. Berlin 189,50-196,00, loco Station —, Roggen märk., 72-73 Kg. fr. Berlin 158,00-164,00, loco Station —, Braugerste 176,00-183,00, Futter- und Industrieerste —, Safer, märk. 145,00-152,00, Weizen —.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 32,25-33,25, Roggenmehl 22,30-23,30, Weizenkleie 12,00-12,20, Roggenkleie 10,50-10,80, Vittoriaerbsen 40,00-45,00, Al. Speisererbsen 30,00-35,00, Futtererbsen 19,00-22,00, Beluchfen 16,00-17,00, Uderbohen 16,50-18,50, Widen 15,00 bis 16,00, Lupinen, blaue 13,00-13,50, Lupinen, gelbe 16,00-16,50, Serabella, alt 18,00-20,00, Leinfuchen 12,10-12,20, Trodenichitzel 10,10, Sona-Extraktionsdrot loco Hamburg 8,80, loco Stettin 9,20, Kartoffelflod Stolz 14,20, Berlin 14,80.

Gesamtangebot: ruhig.